



medico international

# rund- schreiben 02/17

Israel/Palästina: 50 Jahre Besatzung  
Ostafrika: Hunger durch Handel?  
Symposium: Weltoffene Städte

4 Kommentar: Globale Gesundheitspolitik

**8 Schwerpunkt Israel/Palästina**

10 Zur Bedeutung des 1967er-Krieges

14 Der Status der Palästinenser in Israel

16 Landfrage: Eine kurze Geschichte des Glücks

19 Übersicht: medico-Partner in Israel/Palästina

20 Projekte - Projektionen

22 Südosttürkei: Wiederaufbau nach Vertreibung

26 Marokko: Orte der Zuflucht

28 Ostafrika: Hunger durch Handel?

31 Nicaragua: Protest gegen Kanalbau

34 Symposium: Weltoffene Städte

40 medico aktiv

42 Nachruf: Unbedingte Solidarität

44 medico Materialliste

46 Service/Impressum

# Liebe Leserinnen und Leser,

vor acht Jahren beschäftigte sich das medico-Stiftungssymposium mit dem Psychiater und Autor Frantz Fanon. Als ich jetzt mit unserem früheren Kollegen Tsafrir Cohen das Interview über die Folgen des Krieges von 1967 für Israel und Palästina führte, erinnerten wir uns an dieses gemeinsame Nachdenken. Fanon, so erinnerte sich Tsafrir, habe schon in seinem Buch „Weiße Maske schwarze Haut“ darauf aufmerksam gemacht, welche Folgen Kolonisierung auf die Psyche der Kolonisierten hat. Verständigung sei nicht möglich, schrieb Fanon, wenn die eine Seite die andere nicht als Menschen betrachte. Ein Merkmal kolonialistischer Beziehungen. Warum der Begriff Kolonialismus in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt eine hilfreiche analytische Kategorie ist, erläutert Tsafrir Cohen in dem Interview im Schwerpunkt dieses Heftes zu 50 Jahre Juni-Krieg und Besatzung. In dem Gespräch wird auch klar, dass die Debatte um den Konflikt und dessen Deutung längst über ihn selbst hinausweist: Der

Konflikt ist auch die Folie für eine andere Auseinandersetzung. Denn nachdem die israelische Rechte Menschenrechtsorganisationen wie B'tselem und Breaking the Silence diskreditierte und mit Verrats- und Antisemitismus-Vorwürfen überzog, ist die Debatte auch in Deutschland angekommen: medico, Brot für die Welt, amnesty – alle werden angegriffen. Die Frage stellt sich, ob damit das Verständnis von der Unteilbarkeit der Menschenrechte und der damit begründeten Internationalität und der Multipolarität, wie sie auch die EU und die Vereinten Nationen angelegt sind, Gegenstand der Auseinandersetzung geworden ist. „Palästina – halt's Maul“, wie es auf einem Plakat bei einer Gegendemonstration gegen ein kritisches Seminar zum 67er-Krieg stand, ist dann mehr als ein schlechter Scherz. Sprachlosigkeit ist der Weg zur Ich-Losigkeit, schreibt Christa Wolf in ihren Vorlesungen zur Cassandra. Wer den Unterdrückten das Sprechen verbietet, bestreitet sie als Subjekte. Ein aufwühlendes Thema. Aber es ist klar, dass hier längst nicht mehr die deutsche Geschichte verhandelt wird, sondern die Frage, wie wir leben wollen. In abgeschotteten und ausgrenzenden Nationalstaaten als ethnisch konnotierte Solidargemeinschaft oder in weltoffenen Gesellschaften, die die Konflikte der Diversität produktiv wenden müssen.

Wie Letzteres konkret aussehen kann, war Thema des medico-Stiftungssymposiums „Weltoffene Städte“, über das wir hier ausführlich berichten. Bei diesem Thema zeigt sich immer wieder, dass die Ängste vor der Einwanderung von der Wirklichkeit nicht bestätigt werden. Die Rhein-Main-Region mit den Städten der Diversität Frankfurt und Offenbach ist allein schon eine Bestätigung dafür, dass das Einwanderungsland Deutschland längst Wirklichkeit ist. Weltoffene Städte in Europa gab es schon einmal. Eine davon war Lemberg, heute Lviv. Ich lese gerade ein wundervolles Buch über diese Stadt von Lutz Kleemann, in dem er sie als die „vergessene Mitte Europas“ bezeichnet. Diese Stadt, in der einst Ruthenen, Polen, Juden, Deutsche lebten, gleiche heute einem „Geisterschiff“, so der ukrainische Schriftsteller Jury Andruchowjtsch. Ihre produktive Diversität ist dem Nationalismus zum Opfer gefallen. Die Geschichte dieser Stadt sollte uns eine Warnung sein, wie dünn das Eis ist, auf dem wir uns bewegen.

Zum Schluss noch einen Hinweis auf den Bericht von Anita Starosta über ihre Reise in die Südosttürkei. Gemeinhin keine Region der guten Nachrichten. Trotzdem ist es gelungen, hier ein Wiederaufbauprogramm für die Vertriebenen aus den kurdischen Städten zu beginnen. Lesenswert.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre   
Katja Maurer



„Zwei Staaten, eine Hoffnung. Eine Demonstration gegen 50 Jahre Besetzung“ lautete das Motto einer Kundgebung Ende Mai in Tel Aviv.

# Im Dienste des Status quo



# Globale Gesundheitspolitik am Scheideweg: Schützt sie die Privilegien einiger oder setzt sie die Rechte aller in Kraft?

**Von Thomas Gebauer**

Für Hollywood ist die Sache klar. Das Bild, das in der Verfilmung des Dan-Brown-Bestsellers „Inferno“ von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gezeichnet wird, ist das einer technisch hochgerüsteten Spezialeinheit, die immer dann gerufen wird, wenn gefährliche Krankheitskeime die Sicherheit der Welt bedrohen. Im Film ist es eine Bio-Bombe, mit der ein verrückter Professor die Weltbevölkerung dezimieren will. In der Wirklichkeit ist es die Sorge vor außer Kontrolle geratenen Bakterien und Viren.

Der Schock, den der Ausbruch von Ebola ausgelöst hat, sitzt noch immer tief. Nicht nur Hollywood erträumt sich eine WHO, die sich auf das Identifizieren und Stilllegen von Infektionsquellen versteht. Auch die Politik denkt verstärkt darüber nach, wie die WHO für künftige Risiken besser gewappnet werden kann. Mitte Mai 2017 trafen sich in Berlin die Gesundheitsminister der G20, und um zu zeigen, wie ernst es ihnen mit der Schaffung robuster Notfallregime ist, probten sie mit einer simulierten Epidemie den Ernstfall.

## Der Ebola-Schock

Die großen gesundheitlichen Herausforderungen der Zeit aber sind nicht neu. Sie werden nur sehr viel deutlicher auch hierzulande gespürt. Mit dem Auftreten von Ebola ist klar geworden, dass die prekären Zustände, die im globalen Süden herrschen, auf den Rest der Welt auszustrahlen beginnen. Armutsbedingte

Krankheiten wie Tuberkulose, die im globalen Norden bereits überwunden schienen, kehren in dramatischer Form als resistente Keime zurück. Vor diesem Hintergrund ist es nicht unproblematisch, wenn in den gesundheitspolitischen Debatten heute verstärkt von „Health Security“ (Gesundheitssicherheit) die Rede ist und mitunter gar die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels beschworen wird. Die Idee einer „Health for all“ müsse durch „Global Health Security“ ergänzt werden, einer neuen globalen Norm, die allein dazu geeignet sei, den bestehenden und künftigen Risiken Paroli zu bieten.

Angesichts einer zunehmend aus den Fugen geratenen Welt ist das Bedürfnis nach Sicherheit verständlich. Wer wäre in Zeiten wachsender Unsicherheit nicht für mehr Sicherheit? Schauen wir aber genauer hin, wird die Sache komplizierter. Unklar bleibt, was unter Sicherheit verstanden wird, wer Sicherheit definiert und wie sie geschaffen werden soll. Denn die staatliche Sorge um Gesundheit kann viele Beweggründe haben – gute wie schlechte: Sie kann dem universellen Menschenrecht auf Gesundheit verpflichtet sein und über Maßnahmen eines weltweiten Ausgleichs dafür sorgen, dass die gesellschaftlich bedingte Ungleichheit im Zugang zu Gesundheit reduziert wird. Sie kann aber auch nur den Schutz der jeweils eigenen Bevölkerungen im Auge haben und über gesundheitspolizeiliche Kontrollen und kurzfristiges Krisenmanagement dafür sorgen, dass sich die prekären Lebens-

verhältnisse, die in vielen Teilen der Welt herrschen, nicht auf die wohlhabenden Regionen auswirken. Sie kann das Ziel eines möglichst langen und möglichst gesunden Lebens verfolgen oder nur den Interessen der Wirtschaft dienen, für die Gesundheit längst zu einem einträglichen Geschäft geworden ist. Schon jetzt spekulieren Versicherungsunternehmen, Pharma-Multis und die medizintechnische Industrie auf die vielen Milliarden, die weltweit aus Steuermitteln bereitgestellt werden müssen, um den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN zu entsprechen.

Öffentliche Gesundheitsvorsorge ist nicht davor gefeit, für ökonomische und machtpolitische Interessen instrumentalisiert zu werden. Es ist noch nicht lange her, da gehörte die Sorge um die Gesundheit der Menschen zu den Aufgaben örtlicher Polizeiverwaltungen. Im preußischen Deutschland etwa war das erklärte Ziel von Public Health nicht, für Langlebigkeit oder Wohlbefinden der Einzelnen zu sorgen, sondern die Leistungsfähigkeit der ganzen Bevölkerung zu sichern. Später kam die Sicherstellung von Wehrfähigkeit hinzu, schließlich die wahnhafte Idee einer nationalsozialistischen Rassenhygiene.

Letztere scheint zum Glück überwunden, die Verortung von Public Health im Kontext gesundheitspolizeilicher Aufgaben nicht unbedingt. Hollywood zeigt es, aber eben auch der Umgang mit der Ebola-Krise, die es auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates schaffte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde eine UN-Mission zur Bekämpfung einer Krankheit gebildet. Seitdem diskutieren Experten in aller Welt über die Einrichtung von Notfonds, die Bildung von schnellen Eingreiftruppen, von Weißhelmen, die Schaffung robuster Versorgungsstrukturen und resilienterer Gesundheitssysteme.

## Eindämmung von Risiken

All das ist ohne Frage vernünftig – im Sinne einer instrumentellen Vernunft; eine Vernunft, welche die Mittel, nicht aber die Ziele des Handelns reflektiert; die nicht die Frage verfolgt, wie die Risiken an ihrem Ursprung zu bekämpfen sind, sondern wie mit künftigen Risiken so umzugehen ist, dass sie den Status quo nicht bedrohen. Nicht die Kritik an den eigentlichen Ursachen der globalen Gesundheitskrise steht im Zentrum der Überlegungen, sondern die Frage, wie effiziente Krisenverwaltung möglich ist, ohne die eigentliche Krise angehen zu müssen. Die Marktradikalität mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen jedenfalls stand nicht auf der Tagesordnung der G20, auch nicht die Geschäfte der weltweit boomenden Extraktionswirtschaft, die immer mehr Menschen zur Abwanderung in unwirtliche und krankmachende Lebensumstände zwingt. Ebenso wenig ging es um die Praktiken der Nahrungsmittel- und Getränke-Multis, die längst zu einer massiven Bedrohung gesunder Ernährungsgewohnheiten geworden sind. Stattdessen stand die Frage im Vordergrund, wie die aus solchen Verhältnissen resultierenden gesundheitlichen Probleme möglichst früh identifiziert und eingedämmt werden können.

Und eben das macht den herrschenden Sicherheitsdiskurs so problematisch. Statt über die Ländergrenzen hinweg auf sozialen Ausgleich und Integration zu drängen, setzt sicherheitspolitisch ausgerichtete Politik auf die Absicherung des Bestehenden, und sei es noch so ungerecht. Der utopische Überschwang, der noch zur Gründung der WHO geführt hat, weicht so einem pragmatischen Realismus, der nur noch darum bemüht ist, bestehende Privilegien und die sie begründenden Machtverhältnisse abzusichern. Dabei droht genau das unter die Räder zu kommen, woran sich

Politik eigentlich ausrichten sollte: das Recht und die Rechtsansprüche von Menschen, wie sie in den Menschenrechten und in der Verfassung der WHO niedergelegt sind.

### Sicherheit als Partikularinteresse

Im Unterschied zu den Menschenrechten wird das Bemühen um Sicherheit nicht von der Idee der Universalität getragen. Wer von Sicherheit spricht, hat zuallererst die eigene Sicherheit im Blick – eine Sicherheit, die an bestimmte Territorien oder Privilegien gebunden ist. Die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Strategien zielen nicht unbedingt auf den Schutz derjenigen, die am meisten der sozialen Sicherung [protection] bedürfen – die Armen und Mittellosen –, sondern in aller Regel auf die Abschirmung [security] von Besitzständen, auf die Sicherheit der Bessergestellten, genauer: auf die Absicherung jener imperialen Lebensweise, die einig auf Kosten anderer führen.

Es ist höchste Zeit, dieses absurde Zusammenspiel zu durchbrechen. Denn die Risiken, kommen nicht eigentlich von außen, sondern von innen. Und bei aller Notwendigkeit, Krankheiten zu bekämpfen, darf nicht übersehen werden, dass die großen gesundheitlichen Verbesserungen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten, z.B. in Europa erzielt wurden, nur zu etwa einem Drittel auf eine verbesserte Krankenversorgung zurückzuführen sind. Bedeutender als kurative Versorgungsangebote waren und sind gesellschaftliche Faktoren wie der Zugang zu Einkommen, angemessene Wohnverhältnisse, sauberes Trinkwasser, würdige Arbeits- und intakte Umweltbedingungen, und nicht zuletzt Bildung und gute Ernährung.

So verstanden gründet sich Gesundheit auf soziale Gerechtigkeit und zivilgesellschaftliche Teilhabe. Das ist die Lehre, die auch aus

den Erfahrungen in der Bekämpfung von Epidemien zu ziehen ist. Nicht zuletzt in der Ebola-Krise wurde deutlich, welche Kraft im zivilgesellschaftlichen Engagement steckt. Ohne die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, die von Selbsthilfegruppen vor Ort geleistet wurde, ohne die Einbeziehung der Betroffenen, die alleine in der Lage sind, in ihren jeweiligen Lebenswelten glaubwürdig aufzutreten, wäre auch der Einsatz all der aus dem Ausland entsandten Helfer vergeblich gewesen.

Eine am Recht auf Gesundheit ausgerichtete öffentliche Gesundheitspflege verlangt weniger nach Vorschriften und Überwachung, sondern nach Selbstverwaltungen und Entscheidungsteilhabe. Die alles entscheidende Frage ist, wie die Bekämpfung der sozial bedingten Ungleichheit im Zugang zu Gesundheitschancen gelingt. Mit Blick auf die realen Mängel, die in vielen Teilen der Welt bestehen, mag ein solcher Ansatz utopisch klingen. Genau darum aber geht es: um die Formulierung einer Vision, die aus dem Elend herausführt und es nicht nur weiter verwaltet.



# 50 Jahre B

## Israel/Palästina

Israel/Palästina gehört zu den wichtigen Projektregionen von medico international. Deshalb dieser Schwerpunkt, der sich nicht nur um die konkrete Arbeit vor Ort dreht. Es geht auch um die Diskurse, die sich um das Thema ranken. Denn es ist ein Konflikt, in dem unablässig um die Deutungshoheit gerungen wird.

Der Arzt ist Israeli, die Patientin Palästinenserin. Jedes Wochenende fahren die Ärztinnen und Ärzte der Physicians for Human Rights Israel in die besetzten Gebiete und überwinden die Trennung.

# esatzung



# Nicht mehr säkular

Interview mit Tsafrir Cohen über den 1967er-Krieg und die Kolonialismusdebatte in Israel

Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung



Tsafrir Cohen war drei Jahre lang Büroleiter für *medico international* in Ramallah und anschließend *medico-Nahostreferent*. Zurzeit leitet er das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Tsafrir Cohen: Leibowitz' Bedeutung ist sogar gewachsen. Er ist der Philosoph in Israel, der Menschen zum Denken bringt, auch ultraorthodoxe Menschen. Zum Beispiel stammt Yehuda Shaul aus einer rechtsnationalistischen, orthodoxen Familie. Leibowitz war der Schlüssel für ihn, um zu verstehen, was er als Besatzungssoldat in Hebron gesehen hat. Daraufhin hat er den heutigen *medico*-Partner *Breaking the Silence* gegründet. Jerusalem als Utopie, der Messias als Utopie – das ist die Tradition des halachischen Judentums. Heute herrscht dagegen eine messianische Auffassung des Judentums vor, die direkt mit dem Tempel und dem Land zusammenhängt. Damit wird eine zweitausendjährige Tradition des Exiljudentums in ihr Gegenteil verkehrt.

## Halachisches Judentum?

Das ist die rabbinische Tradition. Die Rabbiner ersetzen in der Diaspora Könige und das erbliche Priestertum. Sie wetteiferten miteinander auf eine für die Zeit recht demokratische Art um die Auslegungshoheit der jüdischen Tradition und Kultur. Zu dieser Kultur gehörte die Interpretation der heiligen Schriften, und die Interpretation der Interpretation. Heute haben wir das Gegenteil dieser Tradition – den modernen, religiös aufgeladenen Nationalismus. Wir reden nicht mehr darüber, wie wir leben müssten und könnten. Wir erobern Jerusalem, wir besitzen den Tempelberg. Es gibt nicht mehr das Utopische, das wir anstreben, aber nie er-

Wir haben uns Anfang der 1990er Jahre kennengelernt, als wir im „Freitag“ dein Interview mit dem Religionsphilosophen Jeschajahu Leibowitz publizierten, eines der letzten vor seinem Tod. Ich erinnere mich gut an sein scharfes Denken, aber auch an die Denkfigur, die mir im Kopf Türen öffnete: dass der Messias immer gedacht werden müsse als im Kommen, aber nie als gekommen. Kurz nach dem Ende des Realsozialismus war das ein Satz. Auch jetzt in der Berichterstattung zum 50. Jahrestag von 1967 wurde Leibowitz mit seiner These zitiert, die Besatzung werde Israel korrumpieren. Spielt er heute in der israelischen Debatte noch eine Rolle?

reichen. Zack – und schon ist Jerusalem unser, und wir haben Priester, die eine Auslegungshoheit für sich beanspruchen, und eigentlich auch wieder einen König. Das prangerte Leibowitz an. Er war eine unfassbare Einzelfigur, eine Figur wie aus einem Roman. Ein alter großer Gelehrter, ein zorniger Prophet, der Grillparzer zitierte. Es gäbe einen Weg von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität. Diesen Weg, sagte Leibowitz, seien die Nazis bis zu Ende gegangen, aber auch wir Israelis befänden uns irgendwo auf dieser Skala.

**Welche Bedeutung hat der israelische Sieg von 1967 in der Entwicklung des Zionismus? Dieser war ja in der nicht ganz falschen Einschätzung entstanden, dass nach dem Verfall der Vielvölkerreiche und dem aufkommenden Nationalismus für Juden in Europa kein Platz sein würde.**

Die große zionistische Führungsfigur David Ben Gurion hatte damals große Angst vor der Eroberung der heiligen Stätten. Denn die alten Zionisten waren allen sozialistischen Erlösungseifers zum Trotz säkular. Sie haben das Judentum benutzt, um zu begründen, warum man einen jüdischen Staat im historischen Palästina gründen muss. Und sie konnten damit auch eine Tradition, die jede Nationalbewegung braucht, begründen. Welche Gemeinschaft will der Zionismus in einem Staat zusammenbringen: die Juden. Sie brauchten die Religion als Stütze, waren aber selbst säkular und wollten die Religion nicht zum Zentrum des staatlichen Selbstverständnisses machen. In der Sieges euphorie von 1967 ist der nationalistische Geist aus der Flasche gelassen worden und hat sich mit dem religiösen Messianismus verknüpft. Große Teile der religiösen jüdischen Gemeinden, die dem Zionismus zunächst aus theologischen Gründen sehr distanziert gegenüberstanden, nehmen ihn zunehmend als legitimen Bezugsrahmen an und tragen maßgeblich dazu bei, den Zionismus

als religiös aufgeladene Ideologie zu gestalten. Aus national versus religiös wurde ein gefährliches nationalreligiöses Gebräu.

**Wie änderte sich 1967 die Wahrnehmung von Israel in der Welt?**

Der Sieg brachte Israel einen ungeheuren Zuwachs an Sympathie. Wir können uns heute nicht vorstellen, wie euphorisch der Sieg weltweit aufgenommen wurde. Zum Beispiel war in Westdeutschland die Sympathie für Israel bis 1967 sehr gering. Das änderte sich nach dem Krieg fundamental. Nun konnte man sich mit einem strahlenden Sieger identifizieren. Das sagt sehr viel über unseren Diskurs im Westen: Solange der Mensch schwach und verletzlich ist, gibt es keine Empathie. Erst mit dem Sieg kommt die Identifikation. Die Juden wurden als Opfer in dem Moment beliebt, in dem sie als Sieger in Erscheinung traten.

**Eine Menge Paradoxien. Manche sagen, dass auch das palästinensische Nationalbewusstsein erst 1967 entsteht.**

Der israelische Sieg von 1967 führte zum Zusammenbruch des Panarabismus. Der Panarabismus war die Hoffnung der arabischen Welt, sich neu zu gründen. Die Palästinenser blieben auf sich gestellt, und in der Unterdrückung entwickelte sich ihr Nationalbewusstsein, das sich schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hatte, stark geprägt von dem Aufstand gegen die britische Herrschaft 1936 bis 1939 und vor allem von dem Krieg von 1948, der Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern zur Folge hatte. Jetzt ging es klar in Richtung nationale Selbstbestimmung.

**Wo steht das Friedenslager in Israel, angefangen von Peace Now bis zu radikalen linken Strömungen, heute? Kann man noch auf die paradoxe Hoffnung setzen, wie wir es 2003 in unserem Aufruf geschrieben haben?**

Genauso wie wir alle immer wieder Demokratie neu erkämpfen müssen, aber auch der Faschismus um die Ecke lauert, ist das Friedenslager heute klein und könnte morgen trotzdem mehrheitsfähig sein. Vor den Osloer Verträgen glaubte auch niemand, dass es so weit kommen könnte. Allerdings haben sich die Voraussetzungen seit 2003 fundamental geändert. Damals konnte man noch eine gewisse Symmetrie der Akteure zumindest auf eine zwei-staatliche Zukunft hin annehmen. Heute handelt es sich um einen asymmetrischen Konflikt mit eindeutigen Herrschaftsverhältnissen. Aber nichtsdestotrotz: Wir kennen die Zukunft nicht. Ich glaube sehr wohl, dass die Kolonisierungsprozesse gestoppt und rückgängig gemacht werden können. Auch hier muss ein Normalisierungsprozess stattfinden, der alle hier lebenden Menschen zu Staatsbürgern macht. Bislang hat aber keiner der entscheidenden Akteure mittelfristig ein Interesse daran, einen solchen Prozess zu befördern. Das hat sehr viel mit wirtschaftlichen Interessen und der geostrategischen Großwetterlage zu tun.

### **Wer sind die entscheidenden Akteure, um die Besetzung zu beenden?**

Die ersten sind die Palästinenser. Kolonisierungsprozesse endeten doch meist durch den Widerstand der Kolonisierten gegen die Kolonisatoren. Das sehen wir zurzeit nicht. Die palästinensische Landschaft ist extrem heterogen, der physischen Trennung ist auch eine politische gefolgt. Deshalb gibt es von dort keinen sichtbaren Widerstand. Die Palästinenser sind müde nach zwei Aufständen. Sie haben ein trojanisches Pferd erhalten, nämlich die Palästinensische Autonomiebehörde. Sie gaukelt ihnen ein Quäntchen Autonomie und Selbstbestimmung vor. Dann gibt es die israelische Öffentlichkeit als Akteur. Den Israelis geht es wahnsinnig gut. Die globale Krise von 2008 hat hier nicht stattgefunden. Die Wirt-

schaft wächst im Rahmen eines stark neoliberalen Systems. Es gibt viele, die von der Besetzung ökonomisch profitieren und viele, denen die Besetzung ökonomisch nicht schadet. Und dann die internationale Politik. Auch sie tut nichts, um das Kosten-Nutzen-Verhältnis so zu verschieben, dass ein Ende der Besetzung und eine politische Lösung nötig werden.

### **Im israelisch-palästinensischen Konflikt sind alle Begriffe Kampfbegriffe und somit umstritten. Warum der Begriff Kolonialismus?**

Die Kategorie ist deshalb so hilfreich, weil damit die laufenden Prozesse verständlich werden. Im Siedlerkolonialismus werden zumeist nicht wohl gelittene Bürger aus den Metropolen an einem Ort angesiedelt, wo eine indigene Bevölkerung lebt, die weniger Rechte hat. Diese Kolonisierungsprozesse haben extreme sozioökonomische und kulturelle Folgen, wie sie auch Frantz Fanon beschrieben hat. Das zu verstehen, kann helfen, die Oslo-Falle, in die wir damals getappt sind, zu vermeiden. Die Rechtsüberlegenheit im Rahmen des Siedlerkolonialismus ist eine andere strukturelle Unterdrückung als in normalen kapitalistischen Gesellschaften. In Israel gibt es in der Kolonialismus-Debatte einen Streit darüber, ob die Nakba, also die Flucht und Vertreibung der Palästinenser bei der Staatsgründung 1948, oder die Besetzung 1967 entscheidend sind, um von Kolonialismus zu sprechen. Interessanterweise kommen aber beide Richtungen in der Beschreibung der heutigen Wirklichkeit zum selben Ergebnis. Es gibt in Israel eine Staatsbevölkerung, das sind 80 Prozent jüdische und 20 Prozent palästinensische Staatsbürger. Dazu ist in Israel eine eigenständige hebräische Kultur entstanden, die maßgeblich dazu beiträgt, dass wir es hier mit einer Entwicklung zu tun haben, die nicht einfach rückgängig gemacht werden kann oder soll. Bekämpft werden müssen die Kolonisierungsprozesse, in denen Gesetz- und Rechtlosigkeit der Koloni-

sierten zu beklagen sind. Das findet in den besetzten Gebieten statt. Erst wenn diese beendet sind, können wir darüber sprechen, wie Israelis und Palästinenser mit den historischen Folgen der Kolonisierung insgesamt umgehen können.

**In Deutschland gibt es derzeit eine Debatte um die Dokumentation „Der Hass auf die Juden in Europa“, der sich interessanterweise auch mehr mit Antisemitismus im Nahen Osten beschäftigt. Eine Form von Auslagerung?**

Man muss verstehen, wer diesen Diskurs anstößt. Das sind in der Regel rechte israelische und US-amerikanische Organisationen, die Israel vor berechtigter oder auch unberechtigter Kritik schützen wollen. Sie haben eine politische Agenda und benutzen dafür den Antise-

„In der Sieges euphorie von 1967 ist der nationalistische Geist aus der Flasche gelassen worden.“

mitismus-Vorwurf. Es geht schlicht nicht um die Bekämpfung von Antisemitismus. In Deutschland verhandelt man das eigene Selbstverständnis. Wer in Deutschland Israel unterstützt, unterstützt im eigenen Verständnis nicht den Stärkeren, die Kolonialmacht, sondern den Inbegriff des Opfers von Europa, die Juden. Das ist natürlich wahr, denn niemand ist in der Geschichte der Moderne in Deutschland und in Europa so sehr Opfer gewesen wie die Juden. Das ist das Verrückte, dass die Realitäten vor Ort im innerdeutschen Diskurs eine untergeordnete Rolle spielen. Wir erleben in Deutschland eine extreme Überidentifikation mit Israel. In der restlichen europäischen Öffentlichkeit hingegen gibt es eine deutliche Ernüchterung über Israel. Hinzu kommt, dass die AfD genauso wie Trump in Is-

rael eine Art Vorbild sehen. Trump erklärte, dass die befestigte Grenze zwischen Israel und Ägypten für ihn Vorbild für die Grenze zwischen Mexiko und den USA sei. Israel ist eine Ethno-demokratie osteuropäischen Zuschnitts – mit einer Vorstellung von Volk als Organismus. Kein Wunder, dass die neue Rechte in Europa und in Nordamerika damit sympathisiert.

**Kann uns der Kosmopolitismus, ein bei den Nazis und bei Stalin gegen die Juden verwendeter Begriff, als anderes Vorbild aus der jüdischen Denktradition gegen den Nationalismus dienen?**

Unbedingt. Auch für den deutschen Diskurs ist das der Weg heraus aus der Falle der deutschen Befindlichkeiten. Man kann und muss sagen: Wir leben in einer Welt und es gilt die rechtliche Gleichheit aller Menschen überall. Und unsere Solidarität gilt nicht Staaten, sondern Akteuren, die in diesem Sinne aktiv sind. Das ist für mich heute Kosmopolitismus und darin haben solche Denkerinnen und Denker wie Jeshajahu Leibowitz und Hannah Arendt mit ihrem Recht auf Rechte als jüdisch geprägte Philosophen ihren zentralen Platz. Wir dachten, in Europa sei der Nationalismus überwunden. Aber in dem Moment, in dem die entsolidarisierenden Folgen des Neoliberalismus spürbar werden, kommt der Nationalismus wieder. Einfach deshalb, weil er eine Grundsolidarität in einer definierten Gruppe vorgibt. Etwas wie Stammesidentitäten. In Zeiten von Trump muss man den Internationalismus und die Verteidigung von Grundrechten hochhalten. Es muss die Herstellung einer Solidaritätsgemeinschaft sein, die auch eine sozioökonomische Grundlage hat. Die Arbeitslosen- und Krankenversicherung – das ist der Alltag der Solidarität. Wenn das nicht mehr garantiert ist, kehrt man zum Stamm zurück. Damit kommt natürlich direkt Gott und die Nation ins Spiel.

Das Interview führte Katja Maurer

# Narrativ des Schweigens

Wer spricht zur Situation der Palästinenser? Ein Kommentar von Nahostreferent Riad Othman

Für Amjad Iraqi, der sich beim medico-Partner Adalah in Haifa für die Rechte der arabischen Minderheit in Israel einsetzt, ist nicht erst die Besatzung seit 1967 Ursache für die Erosion der israelischen Demokratie. Vielmehr schreibe sie ein von Anbeginn an auf Ungleichheit fußendes System fort. In einem Artikel resümierte er: „Der ‚Jüdische Staat‘ hat von den Palästinenserinnen und Palästinensern immer schon verlangt, rechtlich und moralisch zu akzeptieren, dass ihre Zugehörigkeit zum Land zweitrangig gegenüber der von Jüdinnen und Juden sei; dass der Preis für den Frieden das Einverständnis zu minderwertigen Rechten sei, ob sie nun Bürgerinnen und Bürger oder beherrschte Subjekte (unter Besatzung) sind.“ Die 150.000 Palästinenser, die im 1948er-Krieg nicht vertrieben worden oder geflohen waren oder ins neu geschaffene Israel zurückkehren konnten, wurden bis 1966 unter Militärrecht gestellt. Die israelische Regierung kujonierte und verwaltete sie mit den geerbten Instrumenten des britischen Kolonialregimes, stellte Iraqi fest: „Der Staat schärfte seine diskriminierende Politik von Landraub, Checkpoints und brutaler Gewalt gegen seine MinderheitenbürgerInnen, bevor er sie in die palästinensischen Gebiete transferierte.“ Der als jüdisch definierte Staat mochte zwar in ihrem eigenen Land errichtet worden sein, aber nicht für sie.

Aus diesem Staatsverständnis heraus erwachsen immer neue Vorhaben, dieses zu zemen-

tieren, zum Beispiel die gesetzliche Einschränkung der Gedächtniskultur. Seit 2011 dürfen öffentlich geförderte Einrichtungen unter Androhung finanzieller Sanktionen den Tag der Staatsgründung Israels nicht „als Trauertag“ im Gedenken an die Flucht und Vertreibung Hunderttausender Palästinenserinnen und Palästinenser im Kontext der Entstehung Israels und des Krieges von 1948 begehen. Damit soll das historische Narrativ der palästinensischen Minderheit in Israel im öffentlichen Raum bzw. eine Institutionalisierung von Gedenkveranstaltungen erschwert und, wenn möglich, unterbunden werden. Es soll möglichst nicht daran erinnert werden, dass es eben nicht ein „Land ohne Volk“ war und dass die Gründung der so bitter nötigen Heimstätte für das jüdische Volk für jene Anderen eine Katastrophe war – denn das bedeutet das Wort Nakba auf Arabisch, das die Flucht und Vertreibung dieser Jahre bezeichnet.

1966/67 vollzog sich eine fast gegenläufige Entwicklung. Noch bevor Millionen von Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem unter Militärherrschaft und Besatzung gerieten, hatte der israelische Staat im November 1966 das 18-jährige Militärregime gegenüber den eigenen palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern beendet. Zwar hatte die arabische Minderheit damit noch nicht gleiche Bürgerrechte erzielt, war aber in ihrem Kampf um Gleichbe-

Foto: Gordon Welters



**Die Ruinen der letzten beiden Gaza-Kriege, wie hier ein Haus am Strand, waren noch nicht beseitigt, da brachte der Gaza-Krieg 2014 die bislang größten Zerstörungen.**

rechtigung ein bedeutendes Stück vorangekommen. Unterstützt wurde sie dabei immer auch von jüdischen Linken.

Dieses Ringen hält bis heute an und ist u.a. in der politischen Partizipation sichtbar. Koalitionsverhandlungen mit einer arabischen Partei hat es zwar bis heute nie gegeben. Mit der Schaffung der Gemeinsamen Liste ist die palästinensische Minderheit jedoch so stark in der Knesset vertreten wie nie zuvor. Mit 13 Sitzen ist sie drittstärkste Kraft und die größte ernst zu nehmende Oppositionspartei. Ihre Abgeordneten üben durch die Mitarbeit in den Komitees einen gewissen Einfluss auf begrenzte Politikfelder aus. Bei Fragen der Siedlungspoli-

tik aber schließen sich die vermeintlichen Gräben zwischen angeblich gemäßigten Parteien und rechtsnationalen gegenüber der arabischen Opposition sofort.

Zudem sehen sich Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel laut Iraqi nach wie vor mit der Erwartung konfrontiert, sich unterzuordnen und das eigene Narrativ zu verschweigen. Auch mit ihnen solidarisch verbundene jüdische Israelis verspüren zunehmend den Druck, Israel nicht mit Kritik „zu schwächen“. Das sei Verrat, denn „ein sehr wichtiger Bestandteil der Besatzung ist die Stille, die sie umgibt“, so Yehuda Shaul von Breaking the Silence. Beides verweist auf die Forderung nach der Stummheit der Opfer. „Demokratie in Israel bedeutet, dass sich Israelis mit Israelis über das Schicksal der Palästinenser unterhalten – aber nicht mit ihnen.“

Genau das zeigt sich auch bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte des Bundestages am 21. Juni 2017. Der Ausschuss hatte vier Deutsche und einen Israeli als Sachverständige eingeladen, um mehr über „Die menschenrechtliche Lage in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten“ zu erfahren. Fiel niemandem auf, dass darin genau die Missachtung bestätigt wird, die die Verhältnisse in Ramallah oder Jenin prägen? Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler reflektierte in ihrem Essay Gefährdetes Leben unter anderem über die Beziehung zwischen Repräsentation und Entmenschlichung oder Ver-Menschlichung, darüber, wie „normative Schemata der Verständlichkeit etablieren, was menschlich und nicht menschlich sein wird, welches Leben lebenswert und welcher Tod beklagenswert sein wird“. Darin heißt es: „Politik – und Macht – funktionieren, indem sie regulieren, was in Erscheinung treten und gehört werden kann.“ Im Ausschuss konnte die palästinensische Perspektive nicht in Erscheinung treten.

# Eine kurze Geschichte des Glücks

Wie ein palästinensischer Landwirt nach 50 Jahren  
wieder Zugang zu seinem Land erhielt

Von Riad Othman

Eines Tages wurde es Abu Faisal zu dumm. Er war jetzt 89 Jahre alt und hatte seine Scholle für fast ein halbes Jahrhundert nicht mehr bewirtschaftet. Die israelische Armee hatte die Al Sakkout Lands, 550 Hektar an der Grenze zu Jordanien, nach dem Krieg von 1967 kurzerhand abgeriegelt. „Alles hier wurde militärisches Sperrgebiet. Da es bis an die jordanische Grenze reichte, legten die Israelis das Minenfeld an, um den Zugang für palästinensische Kämpfer aus Jordanien zu blockieren. Aber schon ein Jahr später erlaubte die Armee jüdischen Siedlern, den Boden im Sperrgebiet zu kultivieren“, erklärte der alte Mann. Den palästinensischen Eigentümern blieb der Zutritt über Jahrzehnte verwehrt.

Das änderte sich auch mit den Osloer Abkommen nicht, als die Al Sakkout Lands den C-Gebieten zufielen, jenen mehr als 60% der Westbank, die bis auf den heutigen Tag unter vollständiger israelischer Kontrolle stehen. Dort wurden auch alle jüdischen Siedlungen im Westjordanland errichtet, in denen heutzutage rund 400.000 Siedlerinnen und Siedler leben. Mit rund 90% lebt das Gros der palästinensischen Bevölkerung auf der Westbank in den dicht gedrängten Enklaven der A- und B-Gebiete auf weniger als 40% des Landes, das in Abstufungen mehr oder weniger durch die Palästinensische Autonomiebehörde verwaltet wird. Mit der

Kontrolle über die C-Gebiete hat Israel dank Oslo die uneingeschränkte Herrschaft über ein Maximum an Land und Ressourcen mit einem Minimum an unerwünschter – und das heißt in diesem Fall palästinensischer – Bevölkerung erlangt. Weniger als 300.000 zählt dort die palästinensische Bevölkerung.

Glück und Willkür

Mit israelischen Sicherheitsinteressen lässt sich die massive Kolonisierung mit eigener Zivilbevölkerung nicht begründen. Die Besiedlung lässt nur den Schluss zu, dass das eigentliche Ziel die permanente Einverleibung eines beträchtlichen Teils der Westbank sein muss, wie sie von Mitgliedern der israelischen Regierung offen propagiert wird. Zwischen 1980 und 2013 wurden der palästinensischen Bevölkerung 0,7% des Staatslandes im Westjordanland zur Nutzung überlassen, den Siedlungen dagegen 38%. Jede Erweiterung existierender israelischer Siedlungen, jede Errichtung eines neuen Außenpostens stellt die Zweistaatenlösung weiter infrage, denn das Land ist durch und durch fragmentiert und ohne die C-Gebiete ist ein palästinensischer Staat nicht lebensfähig.

An einem Tag im Jahr 2015 kramte Abu Faisal seine Landbesitzurkunden hervor, griff den Geh-



**Die Landwirte von Bardala im Jordantal hoffen, dass ihre Wasserleitungen nicht abgerissen werden.**

stock und machte sich auf zum Kontrollposten der israelischen Armee, wo er den Soldaten die Dokumente unter die Nase hielt und freie Passage verlangte. Der fast 90-Jährige wollte noch mal auf seinem Land arbeiten, bevor er sterben würde. „Nach über 50 Jahren der Enteignung und Demütigung hatte ich genug. Ich fühlte mich würdelos, weil sie mir das Land gestohlen hatten. Also ging ich los.“ Und zu seiner Überraschung ließen ihn die israelischen Soldaten passieren.

Die Geschichte wäre schöner gewesen, wenn Abu Faisal als alter Bauer mit Sturheit und Standhaftigkeit sein Recht hätte erkämpfen können. Das hätte Hoffnung gemacht. Der Zugang zu seinem Land wurde ihm nach Jahrzehnten aber nicht plötzlich gewährt, weil die Besatzungsverwaltung einsah, dass sie ihm Unrecht getan hatte. Die Siedler waren zu dem Zeitpunkt schlicht schon weitergezogen, das Land, um das es ging, war bereits aus dem

Brennpunkt ihrer Begehrlichkeiten verschwunden. Die Erweiterung der großen Siedlungsplänen war für sie einfach profitabler als die Al Sakkout Lands.

Er hatte einfach Glück. Diesem höchst seltenen Zufall des Glücks steht die Verlässlichkeit der Willkür und Diskriminierung unter der Besatzung gegenüber. Deshalb blieb Abu Faisal mit seinem kleinen Triumph auch erst einmal alleine. Obwohl die Bauern jetzt wieder Zugang hatten, wollten sie Abu Faisal nicht ihre Landmaschinen vermieten. Zu tief saßen die Angst und das Misstrauen, die Maschinen könnten vom israelischen Militär konfisziert werden, was in den C-Gebieten immer wieder vorkommt.

### Fortgesetzte Aneignung

Die Grundlagen zur völligen Kontrolle beträchtlicher Teile des Westjordanlandes wurden bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg gelegt. Die Planungs- und Entscheidungsmechanismen über Landnutzung und Gemeindeentwicklung wurden bereits 1971 grundlegend zum Nachteil der angestammten Bevölkerung verändert. Die Militärorder 418 schaffte die Distrikts- und lokalen Planungskomitees ab – und damit jede palästinensische Interessenvertretung, geschweige denn Mitsprache, in Entscheidungsgremien: bis heute. Alle Macht wurde bei den Institutionen konzentriert, aus denen 1981 die Ziviladministration für Judäa und Samaria entstand. Die Grüne Linie war zu dem Zeitpunkt schon seit Jahren von israelischen Landkarten verschwunden.

Auf das Urteil im Fall von Elon Moreh (1979), dass Siedlungen künftig nicht mehr auf beschlagnahmtem palästinensischen Privatland gebaut werden dürften, sondern nur noch auf Staatsland, reagierte der Staat entsprechend: Zwischen 1979 und 1992 machte die Ziviladminis-

tration aus den 12% Staatsland, die Israel 1967 auf der Westbank vorgefunden hatte, 30%. Die Verabschiedung des Regulierungsgesetzes im Februar 2017 hat nun sogar die Grundlage für die rückwirkende Legalisierung von Siedlungen und Außenposten geschaffen, die illegal auf palästinensischem Privatland errichtet wurden. Sollte das Gesetz Bestand haben, könnte es das Elon-Moreh-Urteil aushebeln.

### Landwirtschaft im Minenfeld

Obwohl die Siedler nur noch kleine Teile der Al Sakkout Lands kultivieren, können Abu Faisal und die anderen Bauern ihr Land bis heute nicht so nutzen wie früher. Ein tiefer Graben, gesäumt von zwei aufgeschütteten Wällen, durchzieht ihre Felder über die gesamte Länge des Gebiets. Die israelische Armee hatte das alles als Teil der Sicherung angelegt, aber das Land bei der Verlagerung ihres Grenzkorridors zum Jordan hin nicht renaturiert. Mittendrin zieht sich bis heute das kilometerlange Minenfeld, obwohl der Todesstreifen keine Grenzschutzfunktion mehr hat. Abu Faisals 12 Hektar Land in seinem ursprünglichen Heimatdorf Bisan, aus dem er 1948 vertrieben worden war und das heute, nicht weit von seinem jetzigen Wohnort, in Israel jenseits der Grünen Linie liegt, sind längst konfisziert. Aber nach 48 Jahren überhaupt wieder Zugang zu haben, zumindest zu den Al Sakkout Lands – das nennt sich hier Glück.

In Bardala, wo medico in Zusammenarbeit mit der palästinensischen Union of Agricultural Work Committees (UAWC) und mit Mitteln des Auswärtigen Amtes sowie Spendengeldern ebenfalls Landwirte unterstützt, hatten sie etwas weniger Glück: Die Besatzungsverwaltung hat die Wasserleitungen, die mit deutschen Steuergeldern bezahlt und von den Bauern eigenhändig verlegt worden sind, prompt mit Baustoppverfügungen belegt. In der bürokrati-

schen Tretmühle der Zerstörung, die die Ziviladministration in Gang hält, ist das die Vorstufe zur Abrissorder. Der Landbesitz der Bauern ist eindeutig nachgewiesen. Objektiv gibt es eigentlich keinen Grund gegen das Projekt – außer einem: Die bereitgestellte Bewässerung hat zum gewünschten Erfolg geführt. Ehedem brach liegende Felder werden hektarweise wieder bewirtschaftet. Mit Tanklastern war die Bewässerung für die Bauern zu teuer gewesen und für die Investition in eine Wasserleitung hatte das Geld gefehlt. Beträchtliche Flächen hatten brach gelegen und waren so leichter anfällig für die Konfiszierung durch die Ziviladministration gewesen. Der Versuch der Besatzungsverwaltung, die Ausweitung der Bewässerung einzuschränken oder gar rückgängig zu machen, lässt nichts Gutes erahnen.

Obwohl viele nach Jahren des Widerstands gegen Zermürbung und Willkür müde sind und die ständige existenzielle Unsicherheit sie erschöpft hat, haben sich die Menschen unter der Besatzung nicht mit ihrer Entrechtung abgefunden.

**Auch nach Jahrzehnten verlassen palästinensische Familien die C-Gebiete nicht. Weder die Beduinen in Khan al-Ahmar bei Jerusalem noch die Bauern in Bardala haben vor, irgendwo anders hinzugehen. Sie werden genau da bleiben, wo sie sind. Diese Entschlossenheit verdient unsere Solidarität. medico unterstützt die Widerständigkeit in Partnerschaft mit der Palestinian Medical Relief Society mit medizinischen Diensten in den C-Gebieten [mit Förderung des Auswärtigen Amtes und Spenden], Rechtsbeistand zur Verteidigung der Landrechte im Jordantal sowie mit Saatgut, Setzlingen und Bewässerungsstrukturen für die dortigen Bauern [mit UAWC].**

**Spendenstichwort: Palästina**

# Grenzüberschreitend

Die medico-Partner und ihre Schwerpunkte in Israel/Palästina\*

HAIFA – ADALAH  
Menschenrechtsarbeit für die arabische Minderheit in Israel

JENIN – FREEDOM THEATRE  
Theater- und Kulturarbeit mit Jugendlichen im Westjordanland

RAMALLAH – UNION OF AGRICULTURAL WORK COMMITTEES  
Verteidigung von palästinensischen Landrechten im Jordantal

RAMALLAH – AID WATCH PALESTINE  
Kritische Begleitung des Hilfesystems für die besetzten Gebiete

RAMALLAH – PALESTINIAN MEDICAL RELIEF SOCIETY (PMRS)  
Basisgesundheitsdienste und Medikamentenversorgung in den besetzten Gebieten, medizinische Notdienste, Förderung der Schule für gemeinwesenorientierte Gesundheit

OST-JERUSALEM UND RAMALLAH – MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL

OST-JERUSALEM – MEDICAL RELIEF SOCIETY  
Frauengesundheit und Gesundheitsaufklärung für Kinder und Jugendliche

JERUSALEM – KEREM NAVOT  
Dokumentation von Landnahme durch Siedlungen im Westjordanland

TEL AVIV – PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS-ISRAEL (PHR-IL)  
Gesundheits- und Menschenrechtsarbeit in den besetzten Gebieten, offene Klinik Jaffa/Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen in Israel

TEL AVIV – BREAKING THE SILENCE  
Aufklärungsarbeit zu den Aktivitäten der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten

TEL AVIV – WHO PROFITS  
Recherchearbeit zu Besatzungsprofiteuren

GAZA-STADT – PALESTINIAN MEDICAL RELIEF SOCIETY (PMRS)  
Gesundheitsprogramm für nicht übertragbare Krankheiten

GAZA – AL MEZAN CENTER FOR HUMAN RIGHTS  
Menschenrechtsarbeit im Gazastreifen

GAZA – SHABABEEK  
Förderung junger Künstlerinnen und Künstler im Gazastreifen

KHAN YOUNIS (GAZASTREIFEN) – CULTURE AND FREE THOUGHT ASSOCIATION (CFTA)  
Früherkennung von Brustkrebs und medizinisch-psychologische Behandlung und Begleitung von Brustkrebspatientinnen

\*Karte in den Grenzen von 1967

# Projekte Projektionen



Foto: Luver Class Magazine

## Aussöhnung von unten

Sri Lanka und Südafrika: medico-Partner im Süd-Süd-Austausch

Die friedliche „Regenbogenrevolution“ des Januar 2015 sollte Sri Lanka einen Prozess der Aussöhnung nach dreißig Jahren Bürgerkrieg eröffnen. Zwei Jahre später ist nichts oder jedenfalls viel zu wenig geschehen. Grund genug für einen ganz besonderen Süd-Süd-Austausch, der von zwei gemeinwesenorientierten medico-Partnern initiiert worden ist. SEED arbeitet in Sri Lanka mit Überlebenden des tamilisch-singhalesischen Bürgerkriegs im Vanni, Sinani in Südafrika mit Apartheid-Überlebenden in KwaZulu-Natal. Nachdem im Herbst vergangenen Jahres Sinani-Aktivistinnen das Vanni besucht und ihren tamilischen Partnern vom noch immer umkämpften und nicht abgeschlossenen Prozess der „tran-

sitional justice“ in Südafrika berichtet hatten, sind jetzt 25 Friedensaktivisten im Gegenzug aus allen Teilen des Inselstaats in das Land Nelson Mandelas gereist. Thema der von Durban und Richmond nach Kapstadt und Johannesburg führenden Reise war die von Sinani wie von SEED verfolgte Chance, mit der Arbeit der Aussöhnung „von unten“ zu beginnen, im prekären Alltag der noch immer kriegszerrütteten Nachbarschaften. Ein Höhepunkt war der Besuch auf Robben Island, früher berüchtigte Gefängnisinsel, heute Museum des Apartheidregimes. Nicht ausgeschlossen, dass einst auch das ebenso berüchtigte Welikada-Gefängnis bei Colombo zum Museum einer dann überwundenen Gewaltherrschaft geworden sein wird.

**Spendenstichworte: Sri Lanka und Südafrika**

## Die nächste Ruine

Syrien: Nothilfe für Flüchtlinge aus Rakka

Im Krieg in Syrien überlagern sich die vielen, oft auch widersprüchlichen geopolitischen und regionalen Interessen auf mannigfaltige Weise. Doch so komplex die Lage auch ist: Die Bilder von zerbombten Städte ähneln sich – sei es Aleppo oder jetzt Rakka. Alle Kriegsparteien begehen in Syrien Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Auch die von den USA geführte Koalition gegen den IS tötet immer häufiger Zivilisten, darunter allein 200 Tote durch die Bombardierung einer Schule in Rakka. Viele Syrerinnen und Syrer fühlen sich nun doppelt verraten und zum Abschuss freigegeben. In ihren Augen lässt die internationale Gemeinschaft Assad gewähren und sucht im Kampf gegen den IS einen schnellen und billigen Sieg – auf

Kosten der Zivilbevölkerung, die vom IS in Rakka der festgehalten wird. Wer es schafft, aus der Stadt zu fliehen, findet Schutz in Rojava, dem kurdischen Nordsyrien. Fast 200.000 Einwohner Rakkas sind dort aktuell gestrandet, hinzu kommen viele Irakerinnen und Iraker aus und um Mossul. Sie alle werden, so gut es inmitten des Krieges geht, von der lokalen kurdischen Selbstverwaltung versorgt. medico international unterstützt den Gesundheitsrat von Rojava dabei mit dringend benötigten Medikamenten. Der Gesundheitsrat koordiniert den Aufbau und die Verwaltung des gesamten Gesundheitssystems in Nordsyrien. Die Hilfe erfolgt dabei sowohl mobil durch die Ambulanzen des kurdischen Halbmonds als auch durch improvisierte Gesundheitsposten in Zelten oder alten Gesundheitsposten in den befreiten Dörfern.

**Spendenstichwort: Syrien**

## Erkundungsreise

Niger: Die Folgen der europäischen Migrationsabwehr

Im Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, gehört Migration seit jeher zur Normalität. Von der Politik akzeptiert, beruhen der lokale Handel und viele individuelle wie kollektive Existenzweisen auf der Selbstverständlichkeit relativ offener Grenzen. Genau das aber wird aktuell durch europäische Interventionen untergraben. Erst Ende Mai 2017 forderte Innenminister de Maiziere eine europäische Grenzschutzmission an der libysch-nigrischen Grenze. Zuvor hatten sich bereits deutsche und französische Spitzenpolitiker in der Hauptstadt Niamey die Klinke in die Hand gegeben. Dabei ist dem Niger viel Geld zugesagt worden – um „irreguläre“ Migration zu unterbinden, offiziell

aber auch, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Was genau mit dem Geld geschieht, wer davon profitiert und wie es sich auswirkt, interessiert die hiesige Politik allerdings kaum, solange die Zahl nach Europa kommender Menschen sinkt. Um mehr über die konkreten Folgen der EU-Politik herauszufinden, hat medico eine Erkundungsreise westafrikanischer Menschenrechtsorganisationen und Migrationsnetzwerke unterstützt. Ihr Bericht wird in Kürze fertiggestellt. Klar ist aber schon: Die von der EU erkaufte Einschränkung von Mobilität und Freizügigkeit hat gravierende wirtschaftliche, soziale und auch politische Auswirkungen. Letzt droht sie eine gesamte Region weiter zu destabilisieren.

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**

# Dach über dem Kopf



Die Häuser zerstört, die Menschen vertrieben. Aber in der Nähe von Sirnak bauen sie ein neues Dorf. Seit Mai dieses Jahres konnten schon hundert Häuser begonnen oder fertiggestellt werden, 450 weitere sind in Planung.

# Wie die 500.000 Vertriebenen in der kurdischen Südosttürkei ihre Lage meistern

Von Anita Starosta

Über die systematischen Zerstörungen und den demografischen Austausch in den kurdischen Städten in der Osttürkei hat medico immer wieder berichtet. Nun fahre ich zum ersten Mal in die Region, um mir ein Bild zu machen und mich bei medico-Partnern über deren konkrete Hilfsmöglichkeiten in dieser schwierigen Situation zu informieren.

Informationen über die Lage der Kurden in der Türkei gehen immer wieder unter in den aktuellen Berichten, die sich zu Recht mit der Inhaftierung von Oppositionellen, Politikern und Journalisten beschäftigen, aber häufig außer Acht lassen, dass mit den Kurden eine ganze ethnische Gruppe von Verfolgung betroffen ist. Es gibt fast keine unabhängigen Berichte über die humanitäre Lage in der Südosttürkei. So hat die Türkei Ermittlern der UN die Einreise verweigert. Trotzdem geht das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte davon aus, dass zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 rund 2.000 Menschen getötet – 800 Angehörige der Sicherheitskräfte und 1.200 Zivilisten – ganze Gemeinden dem Erdboden gleichgemacht wurden und 500.000 Menschen, überwiegend Kurden, aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben wurden. Laut Erkenntnissen der UN gingen die Zerstörungen ziviler Infrastruktur sogar noch weiter, nachdem die Sicherheitsoperationen offiziell für beendet erklärt worden waren. Als kollektive Strafe gegen die kurdische Zivilbevölkerung, aber auch, um das Kerngebiet der pro-kurdi-

schen HDP nachhaltig zu verändern, werden seit 2016 kontinuierlich kurdische Städte zerstört. Im September 2016 wurden die gewählten HDP-Bürgermeister inhaftiert und durch Beamte der AKP-Regierung ersetzt. Es ist zu vermuten, dass diese großangelegte demografische Veränderung im Zusammenhang mit den Erfolgen der PYD auf der syrischen Seite der Grenze steht und ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet von pro-kurdischen Kräften verhindert werden soll.

## Demografie und Geschäft

Neben der Umwandlung der Bevölkerungszusammensetzung in der Südosttürkei spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle bei der Neuverteilung der geräumten Gebiete. Die staatliche Wohnungsbaubehörde Toplu Konut İdaresi Başkanlığı (TOKİ) ist mit dem Wiederaufbau der Städte genauso beauftragt wie mit dem Bau einer 900 Kilometer langen Mauer an der türkisch-syrischen Grenze. Das ehemalige UNESCO-Weltkulturerbe in Diyarbakir-Sur wird abgerissen und soll durch Hotels und Moscheen ersetzt werden. Seit Jahren halten sich Gerüchte über ein Korruptionsnetzwerk im Zusammenhang mit TOKİ und die Involvierung der Familie Erdogans. Die Aufträge gingen an Bauunternehmen in Ankara, die ihrerseits Verträge mit AKP-treuen Firmen in den kurdischen Gebieten abgeschlossen haben. Die Notstandsgesetze

in der Südosttürkei werden parallel dafür genutzt, staatliche Bauprojekte wie das umstrittene Staudammprojekt Hasankeyf durchzusetzen, was bisher aufgrund des Widerstands der dort lebenden Bevölkerung und internationaler Unterstützung nicht möglich war.

Die Repression der türkischen Staatsmacht, der andauernde Ausnahmezustand und Notstandsgesetze machen politische Versammlungen quasi unmöglich. Politisch Aktive, linke Abgeordnete und kritische Zivilgesellschaft werden mit Berufsverboten überhäuft und angeklagt, meist mit dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Und trotzdem gibt die kurdische Zivilgesellschaft nicht auf. Wo es nur geht, werden gemeinsam mit den obdachlos gewordenen Bewohnerinnen und Bewohnern neue Wohnmöglichkeiten geschaffen. Während das in Diyabarkir in den noch intakten Stadtteilen geschieht, ist das in der Stadt Sirnak, wo neun von zwölf Stadtteilen zerstört worden sind, unmöglich. Deshalb weichen die Vertriebenen in den ländlichen Raum aus. In einem Dorf in der Nähe von Sirnak konnten wir uns davon überzeugen, wie dabei kollektive Strukturen und Solidarität greifen.

## Rückzug in den Taurus

Unser Ziel ist ein kleines kurdisches Dorf im östlichen Taurus-Gebirge. Wir haben mehrere Militärkontrollen passiert, um dorthin zu gelangen. Das Militär ist omnipräsent. In den Städten fahren kleine Panzer durch die Straßen, großflächige Kameraüberwachung und Polizeiabsperungen sind überall. Checkpoints kontrollieren die Hauptstraßen vor den Städten.

Wir biegen kurz vor Sirnak ab. Auf einer unbefestigten Straße fahren wir durch ein kleines Dorf, das an einem Berghang liegt. Dahinter verbirgt sich, von der Straße nicht einsehbar,

unser Ziel: etwa fünfzig Häuser, Baustellen und Bauflächen. Baumaterial und Werkzeuge sowie einfache Einfamilienhäuser im Aufbau prägen neben der wunderschönen Berglandschaft das Bild.

In einem der schon bewohnten Häuser werden wir im Wohnzimmer herzlich empfangen. Wir treffen Mitglieder der Kommission, die sich für den Aufbau der Häuser einsetzen und diesen koordinieren. Sie stammen aus dem nahegelegenen Sirnak. Zunächst kamen die rund 7.000 vertriebenen Familien in Zelten unter, die auch von dem inzwischen verbotenen medico-Partner Rojava-Verein verteilt wurden. In einer Volksversammlung forderten die Familien bald das Ende der Unterbringung in Zelten und so bildete sich die Kommission aus anerkannten sozialen, politischen und religiösen Vertretern, die für den Bau von Häusern zuständig ist. In die Stadt können sie nicht zurück, dort werden Gebäude errichtet, die nichts mit den ehemaligen Strukturen zu tun haben und die sich die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner auch nicht leisten können. Entschädigungszahlungen gab es nicht, das Angebot der staatlichen Wohnungsbaubehörde TOKI, dort einzuziehen, würde für viele Familien eine hohe Verschuldung bedeuten. Viele Familien besitzen jedoch noch Grundstücke in den umliegenden Dörfern, aus denen sie 1990 in die Stadt vertrieben wurden. Auf diesen Grundstücken können nun Häuser gebaut werden, viele stellen auch Teile ihrer Grundstücke an Familien kostenlos zur Verfügung, die kein eigenes Land besitzen. Es wird zusammengedrückt.

Über 1.000 Familien haben bei der Kommission Bedarf angemeldet. Seit Mai 2017 konnten schon hundert Häuser begonnen oder fertiggestellt werden, 450 weitere sind in Planung. Möglich ist dies allein durch die Unterstützung kurdischer Hilfsstrukturen in der Türkei, die den Kauf von Baumaterial organisieren. Es gibt

mehr Anfragen als tatsächlich Häuser gebaut werden können. Die Kommission entscheidet nach sozialen Kriterien, wer als erstes Unterstützung erhält.

### Zuerst ein sicherer Ort

Es werden Materialgutscheine ausgeteilt: für Zement, Steine, Fenster, Türen, Elektrizität und Sanitärbedarf. Farbe und Starthilfe zur Grundeinrichtung gibt es nur in den nötigsten Fällen. Umgerechnet kostet ein 60 Quadratmeter großes Haus für eine Familie von sechs bis sieben Personen etwa 3.500 Euro.

Stolz klopft der Vater einer Familie, an die Wand seines neuen Hauses. Alles selbstgemacht. Auch wenn das Dach noch provisorisch aus Holzbalken und beschwerter dicker Plastikfolie besteht. „Wir fühlen uns hier wohl“, sagt die alte Frau mit einem traurigen Lächeln im Gesicht. Sie wohnen mit ihren sechs, teils erwachsenen Kindern, in diesem Haus. Gebaut ist es wie die meisten der umstehenden Häuser nach traditioneller Architektur: große Zimmer, die Aufenthalts- und Schlafräume zugleich sind. In Sirnak hatte ihr Haus zwei Stockwerke, berichten sie. Sie sind mit vier anderen Familien geflohen und haben fast ein Jahr gemeinsam in einem Haus in diesem Dorf gelebt. Mit gegenseitiger Hilfe haben sie sich dann ihre Häuser gebaut.

Der Hausbau stehe im Vordergrund, sagen die Vertreter der Kommission auf die Frage, ob denn auch zivile Infrastrukturen wie Cafés, Kulturvereine, Schulen oder Lebensmittelläden geplant sind. Vielleicht eröffne jemand einen kleinen Lebensmittelladen und im Sommer gäbe es unten am Berghang Gemüsebeete und man könne Obst ernten. Schwer werde es im Winter. Man denke über eine Kooperative nach. Aber das ist Zukunftsmusik. Erst einmal müssen die Menschen sich wieder in Häusern

einrichten können, das Trauma des Krieges, die Vertreibung und Zerstörung ihrer kompletten Lebensstrukturen verarbeiten. Die alten Lebensformen, der Zusammenhalt und die Solidarität sind Grundbedingungen für die Reorganisation der eigenen Strukturen und des Widerstands gegen die Unterdrückungsmaßnahmen. Die Menschen lassen sich nicht unterkriegen und wollen bleiben. Das Hayir-Votum zum Referendum hatte in diesen Orten die besten Ergebnisse. Ein klares Zeichen an Erdogan.

Was sich so leicht erzählt, findet unter schwierigsten Bedingungen statt. Die Repression des türkischen Staatsapparates ist auch hier präsent. Die Unterlagen und den Laptop mit den Aufzeichnungen des Projekts holen die Mitglieder der Kommission für das Gespräch aus einem Versteck, das regelmäßig gewechselt wird. Recht nüchtern berichten sie nach dem zweiten Tee, dass am Tag zuvor 65 Leute im Dorf festgenommen worden sind. Dies geschehe öfter. Sie kommen, nehmen die Leute für ein bis zwei Tage mit und fragen, wer die Häuser aufbaue. Das diene der Abschreckung und schüre Angst. Aber juristisch ist die Sachlage klar. „Die Grundstücke gehören uns. Niemand kann uns verbieten, hier Häuser hinzubauen“, lautet der selbstbewusste Kommentar.

**Die kurdische Frage ist in der Türkei keine Nebensache. An ihr entscheidet sich, ob das Land eine demokratische Zukunft hat, jenseits von ethnischen und religiösen Zuschreibungen. Insofern ist das Projekt zur Wiederansiedlung vertriebener kurdischer Bevölkerung, das medico nun mit lokalen Partnern fördert und um dessen dringende Unterstützung wir sie hier bitten, Teil der großen Auseinandersetzung in der Türkei.**

**Spendenstichwort: Kurdistan/Türkei**

# Orte der Zuflucht

Marokko: Frauenhäuser und migrantische Selbsthilfe – ein Interview mit Emmanuel Mbolela



Der kongolesische Buchautor Emmanuel Mbolela hat die migrantische Selbsthilfeorganisation ARCOM mitgegründet.

Mehrere Millionen Euro zusätzlicher Hilfe versprach Deutschland dem Königreich Marokko im Rahmen des G20-Afrikagipfels Anfang Juni, um das Land für seine Anstrengungen im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption zu belohnen. Einen Tag später wurden 32 junge Menschen aus dem überwiegend von Masiren (Berbern) bewohnten Rif-Gebirge im Norden Marokkos verurteilt, weil sie für ihre Rechte demonstriert hatten. Seit Monaten gehen vor allem junge Menschen für eine bessere Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung und gegen Korruption auf die Straße. Und die Proteste weiten sich aus. In der Hauptstadt Rabat demonstrierten Anfang Juni 15.000 Menschen für soziale Gerechtigkeit

– der größte Protestmarsch seit Beginn des arabischen Frühlings im Jahr 2011.

Gleichzeitig stranden immer mehr Menschen aus Subsahara-Afrika und inzwischen auch aus dem Irak, Syrien, Afghanistan oder Bangladesch in Marokko. In Folge der Aufrüstung der Grenzzäune zu den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla hat sich ihre Weiterreise nach Europa erheblich erschwert, aus dem geplanten Transit wird ein Daueraufenthalt. Seit November 2015 unterstützt medico gemeinsam mit afrique-europe-interact ein Rasthaus in Rabat für migrantische Frauen. Die Wohnungen werden von ARCOM, der Vereinigung der Geflüchteten und der migrantischen Gemeinschaft betreut.

## Wie kam es dazu, dass ARCOM ein Rasthaus für subsaharische Frauen eröffnet hat?

Emanuel Mbolela: ARCOM ist aus einem politischen Kampf als Selbstorganisation kongolesischer Migrantinnen und Migrantinnen in Marokko entstanden. Wir haben Zufluchtshäuser geschaffen, weil viele der geflüchteten Frauen aus Ländern südlich der Sahara von Gewalt betroffen sind und ausgebeutet werden. Ihnen musste sofort geholfen werden. Im Februar 2015 waren wir mit einer ersten Wohnung gestartet. Mit Unterstützung von medico kam eine zweite Wohnung hinzu, inzwischen sind es drei. Insgesamt gibt es Schlafplätze für etwa 30 Frauen, die mit ihren Kindern bis zu drei Monate

bei uns unterkommen und Ruhe finden können. Der Andrang ist hoch. Parallel haben wir uns darum gekümmert, dass die Kinder der Frauen zur Schule gehen können. Wir haben mit 25 Kindern angefangen, inzwischen sind es 85, viele davon Töchter und Söhne von Frauen, die in einer unserer Wohnungen leben oder gelebt haben. Wir übernehmen die Kosten für Transport, Unterrichtsmaterialien und Einschreibgebühren. Zudem haben wir eine Bibliothek eröffnet, in der wir Schulungen und Französisch- sowie Alphabetisierungskurse anbieten. Wir planen, das Angebot für alle Menschen in Marokko zu öffnen. Es soll ein Raum für Begegnung werden, auch um die Migrantinnen aus der Isolation zu holen, damit sie sich die politische Aktivität wieder aneignen können.

#### **Ihr plant, auch eine psychologische Betreuung einzurichten.**

Ja, wir hatten mehrfach Frauen bei uns, die an schweren Depressionen litten. Für solche und andere Fälle versuchen wir, ein Hilfsnetz zu knüpfen, etwa mit kirchlichen Partnern. Viele Frauen, die bei uns unterkommen, benötigen aber auch rechtliche Unterstützung. In einem Fall wurde eine ivorische Frau als Haushälterin ausgebeutet. Sie kam zu uns ins Frauenhaus, weil sie es nicht mehr ausgehalten hat. Doch ihre Arbeitgeber weigerten sich, ihr ihren Pass zurückzugeben. Zusammen mit Gadem, einer anti-rassistischen Gruppe zur Verteidigung von MigrantInnen in Marokko, konnten wir ihr helfen.

#### **Die Migrationspolitik in Marokko scheint sehr widersprüchlich: Auf der einen Seite gibt es immer wieder Legalisierungen, auf der anderen Seite Deportationen.**

Da können plötzlich 20.000 Menschen Papiere bekommen, was sie zumindest vor der Abschiebung schützt. Allerdings finden nur die wenigsten eine Arbeit. Gleichzeitig gehen die Abschiebungen weiter. Marokko bemüht sich vor allem darum, die Menschen von den Wäl-

dern vor Melilla und Ceuta fernzuhalten. Dort werden oft brutale Razzien durchgeführt. Die Menschen werden aufgegriffen und einfach auf den Straßen der großen Städte abgesetzt oder in den Osten des Landes an die algerische Grenze abgeschoben. Das ist auch eine Folge des europäischen Einflusses: Marokko will zeigen, dass es seine Aufgabe als Grenzwächtern für die EU wahrnimmt und gut macht.

#### **Deutschland und Marokko teilen sich im Global Forum on Migration and Development den Vorsitz, als Partner in Sachen Migration. Hierzu passen die Pläne der deutschen Regierung, in Marokko Heime zu schaffen, um unbegleitete minderjährige Geflüchtete dorthin „ausreisen“ zu lassen bzw. abschieben zu können.**

Ich fände es gut, wenn es eine deutsch-marokkanische Zusammenarbeit zu Bildungs- oder Entwicklungsfragen gäbe. Beim Thema Migration ist das sehr kritisch zu sehen. Es gibt keine humanen Abschiebungen. Die Menschen haben die aktive Entscheidung getroffen, weg zu gehen. Wenn man sie zurückschickt, hat man ihren Traum zerstört. Für Minderjährige ist das noch schlimmer: Unter welchen Bedingungen werden sie hier aufgenommen und vor welcher Zukunft stehen sie dann?

Interview: Maria Hartmann und Ramona Lenz  
Übersetzung: Alexander Behr

#### **Auf ihrer Suche nach Schutz sind Flüchtlinge und MigrantInnen besonders schutzlos. Zumindest vorübergehend bieten Rast- oder Zufluchthäuser Ruhe und Sicherheit. medico hat solche Rasthäuser zuletzt in Serbien und Griechenland unterstützt und fördert sie aktuell neben Marokko auch in Mali und Mexiko.**

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**

# Hunger durch Handel?

## Ostafrika: Die Freihandelspolitik untergräbt das Recht auf Nahrung systematisch

Von Anne Jung

In dem kleinen Supermarkt am Rande einer informellen Siedlung in Kenias Hauptstadt Nairobi wartet ein blauer Teddy auf einer Packung Babybrei von Nestlé auf Kundschaft. „Keine einzige Packung von dem Mist habe ich verkauft“, beschwert sich der Ladenbetreiber. Diese Szene offenbart die ganze Scheinheiligkeit der „Afrikapolitik“ der G20-Staaten und damit auch der Bundesregierung. Der Zusammenschluss der mächtigsten Industrienationen setzt auf Investitionen von Großkonzernen, um die Wirtschaft in afrikanischen Ländern anzukurbeln. Das auf den Weg gebrachte Abkommen „Compact with Africa“ soll sie für mehr Engagement begeistern. Lebensmittelmultis wie Nestlé sind es schon: Ihre Produkte überschwemmen die lokalen Märkte. „Zielgruppengerecht“ verkaufen sie ihre Produkte in Minigrößen, sodass sich auch die Armen sie leisten können. „Popularly positioned products“ nennt Nestlé das. Ein Großteil der Lebensmittel sind Fertigprodukte mit zu viel Salz, Zucker und Geschmacksverstärkern. Convenience Food als Symbol für den sozialen Aufstieg. Am elenden Alltag ändert es gleichwohl nichts, es macht nur krank. In Kenia ist aufgrund von Fehl- und Mangelernährung inzwischen jeder Vierte übergewichtig. Zu den tödlichen Begleiterscheinungen gehören Diabetes und Herz-Kreislaufkrankungen. Weitere Folgen dieser Investitionspolitik: Der lokale Handel wird ruiniert und das Angebot an gesunden Nahrungsmitteln von heimischen Märkten sinkt.

Die asymmetrischen Handelsbeziehungen, die das Verhältnis zwischen den Industrienationen und vielen afrikanischen Ländern prägen, tragen zu der paradoxen Gleichzeitigkeit von Fehlernährung und Hunger bei. Diese scheinbare Widersprüchlichkeit zeigt sich aktuell in Ostafrika, in dem die Hungerkrise weite Teile weiter fest im Griff hat.

Während in Kenia insgesamt dank der laufenden humanitären Hilfe die schlimmsten Szenarien verhindert werden konnten, sind die Berichte der medico-Partnerorganisationen KAPLET aus Kenia und NAPAD aus Somalia aus den Provinzen Garissa und Gedo entlang des Grenzgebietes erschütternd: Viele Menschen sind zu entkräftet, um Orte zu suchen, an denen es noch Wasser und Nahrung gibt. Tote Tiere, darunter sogar Kamele, die bekanntlich besonders dürreresistent sind, zeugen vom Ernst der Lage. Für die Menschenrechtsaktivisten von KAPLET, die vor allem in den informellen Siedlungen in Nairobi arbeiten, dort u.a. laienjuristische Beratung anbieten und sich für das Recht auf Ernährungssicherung und Gesundheit einsetzen, ist die Verteilung von Hilfsgütern Teil eines solidarischen, politischen Handelns zur dauerhaften Überwindung von Not und Unmündigkeit. „Wir müssen das zusammen denken. Denn wie sollen wir mit Menschen über ihre Grundrechte sprechen, wenn sie vom Hungertod bedroht sind?“, fragt David Makori von KAPLET.



medico-Partner KAPLET verteilt Hilfsgüter im Osten Kenias. Die Menschenrechtsaktivisten helfen dort, wo andere sich nicht hintrauen.

## Vertrauen als Sicherheitsstrategie

Mit einem ursachenbezogenen Hilfsansatz wollen die medico-Partner Notlagen ohne von außen übergestülpte Hilfe abmildern. Bei einer Sondierungsreise für die Vorbereitung der Hilfslieferung in die Provinz Garissa haben die Aktivistinnen und Aktivisten von KAPLET aufmerksam zugehört und genau hingeschaut. Sie haben mit Dorfältesten und mit religiösen Führern gesprochen und ausgelotet, wie Wasser und Lebensmittel so schnell und (bedarfs-)gerecht wie möglich verteilt werden können. Die Aufgabe ist umso herausfordernder, weil Überfälle durch die islamistischen Milizen der al-Shabaab in den vergangenen Jahren Misstrauen und Angst geschürt haben. Gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung fand KAPLET einen ideenreichen Umgang mit dem Sicherheitsproblemen: Dorfälteste und andere lokale Persönlichkeiten begleiten die LKW mit den Hilfslieferungen auf Teilen der Strecke und schützen sie so. Indem der medico-Partner die lokalen Hierarchien einbindet, schafft er Vertrauen und

bleibt gleichzeitig unabhängig – ein gelungenes Beispiel kritischer Nothilfe. Die Angst fährt dennoch auf jeder Reise mit. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Ostafrika sind auch insofern prägend, weil sie die Hungerkrise massiv verschärft haben: Viele wichtige Handelswege sind zum Erliegen gekommen, Vertreibungen und Plünderungen haben die Vorratshaltung untergraben. Der kenianische Dürreexperte Dr. Alex O. Awiti erläutert im Gespräch mit medico, wie eng die bewaffneten Konflikte wiederum mit der Handelspolitik zusammenhängen: „Schrumpfende Handlungsspielräume, mitverursacht durch die Privatisierung von fruchtbarem Land und den Klimawandel, haben die Verteilungskonflikte in der ganzen Region angeheizt.“ (Siehe das Interview unter [www.medico.de/projekte/kenia](http://www.medico.de/projekte/kenia))

Auch die Partner von NAPAD, im Zuge der Dürre im Jahr 2006 von somalischen NGO- und UN-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegründet, sind sich der Risiken bewusst. Sie bündeln Erfahrungen in der Nothilfe und sind seit vielen

Jahren im Südwesten Somalias aktiv. Und sie haben in Folge der damaligen Dürre im Rahmen ihrer Möglichkeiten Präventionsmaßnahmen etabliert. Wichtig seien einkommensschaffende Maßnahmen vor allem für Frauen, um die ökonomischen Folgen der Dürre zu überwinden und die Einnahmequellen zu diversifizieren, berichten Abdullahi Hersi und Mohamed A. Arai. Auch seien Wasserauffangbecken gebaut worden. Es sei aber nicht genug gewesen, um die jetzige Notlage abzuwenden. Und das hat viel mit der „Kurzsichtigkeit“ der nationalen, aber auch der internationalen Krisenpolitik und dem „Hilfsbusiness“ zu tun: „Viele vorsorgende Ansätze ließen sich nicht umsetzen, weil Fördergelder, kaum war die Dürre damals vorüber, gestrichen oder gekürzt wurden“, berichten die Kollegen. Krisen werden nicht zur notwendigen Veränderung genutzt, sondern reproduzieren eher bestehende Abhängigkeiten. Das zeigt sich auch im Verhältnis von Kenia und der Europäischen Union.

### Dem Freihandel ausgeliefert

2016 unterschrieb die Regierung in Nairobi das Freihandelsabkommen EPA mit der EU – allerdings keineswegs aus freiem Willen. Als sich die Regierung sträubte, verhängte die EU Einfuhrzölle auf kenianische Produkte. Das zeigte Wirkung. Das Abkommen selbst belegt, was Freihandel unter ungleichen Partnern bedeutet: Während nur 10 Prozent der afrikanischen Produkte auf dem Weltmarkt als konkurrenzfähig gelten, ermöglicht es EPA, dass auf 80 Prozent der Exporte der Europäischen Union nach Ostafrika keine Zölle erhoben werden dürfen. Die erzwungene Absenkung von Zöllen und Steuern beraubt Kenia nicht nur wichtiger Einnahmequellen, sondern auch der Möglichkeit, die eigene Wirtschaft zu schützen. Der europäischen Wirtschaft hingegen sichert das Abkommen optimale Marktzüge. Jenseits die-

ser Handelspolitik pachten Firmen aus der EU weiterhin riesige Landflächen in Kenia für den Anbau der Pflanze Jatropha, aus der Biosprit produziert wird. Die kenianische Gesellschaft hat nichts davon, im Gegenteil: Die eigene Landwirtschaft und damit die Ernährungssouveränität werden geschwächt, die Landaneignungen durch Konzerne führt zu Vertreibung und Enteignung.

Im Widerspruch dazu streiten Organisationen wie NAPAD und KAPLET und viele andere mit enormer Beharrlichkeit für den Erhalt und Ausbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie für ein gutes Verteilungskonzept. Unermüdlich etwa fordert KAPLET, das in der neuen Verfassung des Landes verankerte Recht auf Nahrung auch zu gewährleisten und die Agrarpolitik an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. „Rechte statt Mitleid“ – so war ein Aufruf überschrieben, den medico während der Dürre von 2006 gemeinsam mit vielen afrikanischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern veröffentlicht hatte. Die tödliche Verschränkung der aktuellen Hungerkrise mit den internationalen Handelsinteressen belegt, wie überlebenswichtig diese Forderung immer noch und immer mehr ist.

**Um die Ernährungssicherheit in den ostafrikanischen Staaten zu sichern, braucht es neben der akuten Hilfe nachhaltige und dauerhafte Veränderungen – hier wie dort. Im Kampf gegen die Hungerkrise leisten die medico-Partner vor Ort nicht nur in den am schlimmsten betroffenen Gebieten kritische Nothilfe. Sie setzen sich auch politisch für das Recht auf Ernährungssicherheit ein.**

**Spendenstichort: Hilfe für Ostafrika**

# Langer Atem

Der umstrittene Nicaragua-Kanal wird vermutlich nie gebaut. Trotzdem hält der Protest an

Von Peter Biermann

Wer an der Ausdauer sozialer Proteste zweifelt, sollte den Blick nach Nicaragua richten. Mittlerweile 89 Demonstrationen haben die Bauern vom „Nationalen Rat für die Verteidigung des Territoriums, des Wassers und der Souveränität“ in den vergangenen vier Jahren gegen das Projekt eines interozeanischen Kanals im Süden des Landes organisiert. Eine stattliche Zahl, die eine beachtliche Hartnäckigkeit belegt – zumal die Regierung Ortega verstärkt mit Gewalt gegen sie vorgeht. Im November 2016 hatte die Polizei sogar eine Brücke zerstört, anderswo eine Straße aufgerissen und mit Gummigeschossen in die Menge gefeuert, um den Weg in die Hauptstadt Managua zu blockieren. Deshalb hatten sich diesmal die Bauern in ihrem eigenen Territorium versammelt und erst gar nicht versucht, in die nächstgrößeren Städte zu gelangen.

Angeblich soll der Kanal Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bringen. Um das Projekt auf den Weg zu bringen, wurde 2013 ohne parlamentarische Debatte das Kanalbaugesetz 840 durchgedrückt. Danach erhält ein privater Investor für 116 Jahre das unbegrenzte Nutzungsrecht über Land und Wasser in einem riesigen Areal. Auch der Nicaraguasee, Süßwasserreservoir und größter Binnensee Mittelamerikas, müsste entweder ausgebaggert oder sein Wasserspiegel erhöht werden. Die nicaraguanische

Menschenrechtsorganisation Cenidh wertet das Gesetz als „juristisches Ausnahmeregime“, das die Souveränität über natürliche Ressourcen, Gemein- und öffentliche Güter sowie die ökologische Nachhaltigkeit verletzt.

**Drohende Enteignung, verweigerter Partizipation**

Doch seit dem offiziellen Spatenstich im Dezember 2014 ist nichts passiert und der Investor, das chinesische Unternehmen HKND, hat ein Großteil seines Vermögens an der Börse eingebüßt. „Das Vorhaben ist aber nicht vom Tisch“, sagt Mónica López von der Stiftung Popol Na, die die Antikanalbewegung juristisch berät. „Immer wieder werde erklärt, Studien seien in Vorbereitung, oder angekündigt, dass ein Pazifikhafen gebaut werden soll. Außerdem kann die Konzession weitergehandelt werden.“ Das Gesetz 840 hängt wie ein Damoklesschwert über den rund 120.000 Bewohnerinnen und Bewohnern der Kanalregion. „Bei einer Enteignung würden die Betroffenen den Katasterwert als Entschädigung erhalten. Der entspricht aber nur fünf bis zehn Prozent des tatsächlichen Marktwertes ihrer Grundstücke“, so die Anwältin und medico-Partnerin. Enteignet werden kann nicht nur für das eigentliche Kanalvorhaben, sondern auch für damit verbundene Projekte

wie Sonderwirtschaftszonen. „Viele behaupten, die Landbevölkerung hier würde sich nur um ihre Böden sorgen. Durch die Proteste ist aber auch ein Sinn für Gemeinschaft und das Bewusstsein für die ökologische Bedeutung des Nicaraguasees gewachsen. Und viele sind schlichtweg empört, weil über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.“

Um das Gesetz 840 zu Fall zu bringen, hatte die Bauernbewegung zusammen mit dem NGO-Bündnis „Grupo Cocibolca“, dem Popol Na angehört, knapp 28.000 Unterschriften gesammelt. 5.000 hätten gereicht, um eine parlamentarische Debatte zu erzwingen. Aber das von der Regierungspartei FSLN dominierte Parlament lehnte es sogar ab, sich überhaupt mit der Initiative zu befassen. Die dann eingereichte Klage gegen das rechtswidrige Verhalten wurde schließlich im Dezember 2016 vom Obersten Gerichtshof abgeschmettert. „Das ist eine Missachtung des Rechts auf politische Beteiligung, ein Recht, das 1987 dank der sandinistischen Revolution in der Verfassung verankert wurde“, kritisiert Mónica López. Nachdem der nationale Rechtsweg ausgeschöpft ist, liegt nun die Hoffnung bei internationalen Gerichten.

Wie es weitergeht, ist ungewiss. Die Stärke der Bewegung ist auf das Kanalgebiet begrenzt. Während dort Tausende auf die Straße gehen, sind es in Managua nur wenige Hundert. Dieses Mobilisierungsgefälle hat mit der allgemeinen Zufriedenheit mit den Sozialmaßnahmen Ortegas, den klientelistischen FSLN-Strukturen, viel aber auch mit Angst zu tun in dem autoritären Nicaragua von heute. Eine Gefahr für den Protest ist auch der desolante Zustand der Oppositionsparteien. Ohne eigene Ideen versuchen sie, die Bewegung für sich zu benutzen, etwa im Hinblick auf die im November 2017 anstehenden Kommunalwahlen. Doch auch dagegen hat sich die Bauernbewegung bisher

behauptet. Scharf grenzt sich ihre Sprecherin Francisca Ramírez von den Vereinnahmungsversuchen ab.

### Ortega unter Druck

Unmittelbar gibt es für die Regierung keinen Anlass zur Sorge, die Proteste könnten sich ausweiten. Allerdings steht sie international unter Druck. Angesichts von Vorwürfen der Wahlfälschung bei der Präsidentschaftswahl 2016 ist die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) aktiv geworden. Der Schuldendienst für die Erdöllieferungen aus Venezuela wächst, während der Bündnispartner in einer tiefen Krise steckt. Zusätzlich droht in den USA die Verabschiedung des „Nica Act“, der die internationale Kreditaufnahme erschweren würde und in dessen Folge Ermittlungen wegen Korruption ins Haus stünden. Dabei tut der „Nica Act“ der Demokratie in Nicaragua keinen Gefallen – sogar die OAS kritisiert den Plan. Mónica López: „Der ‚Nica Act‘ erinnert an die fatale US-Außenpolitik der 1980er Jahre. Wir erreichen aber Veränderungen nicht über das, was in den USA geschieht, sondern nur durch uns selber.“

Eine Erklärung für die Härte der Regierung Ortega gegen die Antikanalbaubewegung ist sicherlich ihre Zusammensetzung. Leicht kann sie alte Feindbilder von Konterrevolutionären und Renegaten aufwärmen, denn Teile der betroffenen Bevölkerung hatten sich in den 1980er Jahren der Kollektivierung widersetzt und manche die Contras unterstützt. Hingegen ist Mónica López die Tochter einer früheren Guerillakommandantin, die sich von Ortega wegen dessen Pakts mit den korrupten Eliten, namentlich Ex-Präsident Arnoldo Alemán, losgesagt hat. Als Kind der Revolution verortet sie sich in der sandinistischen Tradition und hält somit der Regierung den eigenen Spiegel vor. Und die Konfliktlinien haben sich verschoben:

Foto: Radio Zapalista



Die Betroffenen wehren sich weiter: Eine von über 80 Demonstrationen gegen den Kanal in Nicaragua.

Während nach der Revolution neue Produktionsformen errichtet werden sollten, ist heutzutage die Verteidigung der bäuerlichen Ökonomie ein Bollwerk gegen die Landnahme durch Großprojekte. Und natürlich sollte die Bauernschaft nicht per se bejubelt werden, wie sich aktuell an der Pazifikküste Nicaraguas zeigt. Dort tobt ein blutiger Konflikt zwischen vordringenden Siedlern und indigenen Gemeinden. Letztlich weist das nur umso dringlicher auf die Notwendigkeit hin, den Verdrängungsdruck auf dem Land abzubauen.

Einfache Lösungen stehen nicht parat, aber das gemeinsame Handeln kann neue Wege ebnen. „Die Zusammenarbeit mit den Menschen im Kanalgebiet hat auch meine kritische Sicht auf die Landreform der Sandinisten geschärft“, berichtet Mónica. Die aktuelle Bewegung umfasse ein breites und heterogenes Spektrum. Doch sie sieht vor allem das Potential, der Gesellschaft in Erinnerung zu rufen, dass „das Leben weder durch Caudillos noch

durch Parteien“ bestimmt werde. „Es geht darum, die Selbstorganisation und die Beteiligung der Bevölkerung zu stärken. Von beidem hat sich Ortega vollständig abgewendet. Wir haben die Chance, nach Jahren der Lethargie neuen Enthusiasmus zu wecken.“

**Seit Ende der 1970er Jahre fördert medico Partner in Nicaragua. Damals waren die basisdemokratischen und menschenrechtlichen Ansätze der sandinistischen Revolution der Ausgangspunkt der medico-Unterstützung. Heute verfolgt die Ortega-Regierung ein anderes Entwicklungsmodell, das die Menschen- und Bürgerrechte, wenn nötig, zurückstellt. Seit 2015 stützt medico die Arbeit von Popol Na im Widerstand gegen den geplanten Nicaragua-Kanal.**

**Spendenstichwort: Nicaragua**

# Stadt statt Staat?



Alle Fotos: Halger Priedemuth

Angeregte Diskussionen in den Workshops auf dem Symposium: Wie kann der Anspruch an einen anderen Umgang der Stadt mit ihren realen Konflikten zu tatsächlichen politisch-strukturellen Veränderungen führen?

# Zuflucht, Vielfalt, Solidarität: Sind Städte die zentralen Räume einer anderen Globalisierung? Das war Thema des Symposiums der medico-Stiftung

Von Marcus Balzereit

„Wir sind auf dem Weg in Europa, unsere Werte zynisch auf der Lippe zu tragen und genau zu wissen, sie werden nicht beachtet. Die Politik auf dem Mittelmeer ist Zynismus, und sonst gar nichts.“ Vor dieser Einsicht plädierte die Politikerin und Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Gesine Schwan in ihrem Eröffnungsvortrag des diesjährigen Stiftungssymposiums am 8. und 9. Juni 2017 für Orte gelebter Solidarität. Anderthalb Tage lang drehte sich im Haus am Dom in Frankfurt am Main fast alles um Möglichkeiten und Grenzen ebensolcher Orte. Diskutiert wurde mit den über 300 teils von weiterher angereisten Teilnehmern und Teilnehmerinnen über ganz unterschiedliche Konzepte und Fragestellungen: über „Sanctuary Cities“ und „Solidarity Cities“, über „Städte der Zuflucht“ und „Städte der Vielfalt“.

Am Freitagabend konnte zum Schluss gemeinsam festgehalten werden, dass Migration eine in den europäischen Städten existierende Tatsache ist, mit der umgegangen werden muss. Von überall her kommen Menschen zuallererst in Städten an und suchen dort Erwerbsarbeit, Wohnung und Anerkennung. Und dies machen sie unbeschadet der europäischen Abschottungspolitik und trotz der Nationalstaaten, die sich weigern, dem selbst verabredeten Verteilungsschlüssel für Geflüchtete Geltung zu verschaffen. Städte sind also aktuell und waren es immer schon: Orte der Zuflucht. Und die Kommunen in Europa beginnen vielleicht eben erst

zu verstehen, was dies für ihre Zukunft bedeutet. „Die Städte unserer medico-Partner und Partnerinnen sind heute schon Ankunftsstädte von Abermillionen Neuangekommenen, und überall fordern diese Neuankömmlinge die Gleichheit der Rechte ein“, so der Fachreferent für Menschenrechte bei medico Dr. Thomas Seibert in seinem Vortrag. Es steht nicht mehr zur Debatte, ob Städte mit dieser Herausforderung umgehen sollen. Es kann nur noch darum gehen, wie sie dem begegnen. Ob sie also mit, für oder gegen diejenige Stadtpolitik machen wollen, die kommen werden.

## Integration als Bringschuld

Allein: Von dieser Gleichheit und von einer Politik für und mit den Neuankömmlingen kann aktuell nicht die Rede sein. So existiert beispielsweise in Deutschland ein Ausländerrecht, das seinem Prinzip nach ein Abwehr-, also kein Integrationsrecht ist. Im Ergebnis können die Krisen des Prinzips nationaler Zugehörigkeit zuerst in den Städten studiert werden. Die hier zutage tretenden Konflikte fordern den Nationalstaat und das Konzept nationaler Bürgerschaft heraus. Herausgefordert ist damit aber auch jeder Einzelne, der an einer Vorstellung von nationaler Identität starr festhalten will und an der prinzipiellen Sortierung von Menschen nach In- und Ausländern nichts auszusetzen weiß.



Gesine Schwan

Die Tagung machte deutlich, dass eine Alternative zuerst von den Städten und ihren emanzipatorischen Kräften her gedacht, praktiziert und gefordert werden muss. Alle Redner und Rednerinnen plädierten letztlich für eine veränderte Migrationspolitik und für die Arbeit an einer geeigneten sozialen Infrastruktur. Diese sei die erste Bedingung für ein gutes Leben aller. „Integrationspolitik“ für die „Neuen“ und für die „Alteingesessenen“ müsse als Bringschuld des Staates verstanden werden. Diese könne aber auch „von unten“ mit und gegebenenfalls auch gegen die Stadtpolitiken organisiert werden. Eine besondere Fokussierung auf Ausländer, Geflüchtete und sogenannte Problemgruppen brauche es für Zwecke der Herstellung einer solchen Infrastruktur jedenfalls nicht.

Das Symposium 2017 schloss nahtlos an das Thema der Weltoffenheit des vergangenen Jahres an. Stand damals im Vordergrund, wie eine globale gesellschaftliche Alternative, die auf Solidarität statt auf Konkurrenz gebaut ist, aussehen könnte, ging es in diesem Jahr um

das Ausleuchten von Räumen, in denen eine solche andere Praxis bereits stattfindet oder gerade begonnen wird. „Städte der Zuflucht organisieren heute schon unterhalb nationaler Politiken eine andere Flüchtlingspolitik. Das ist ein Engagement für eine andere, eine solidarische Politik“, so der Geschäftsführer von medico international Thomas Gebauer in seinem Eröffnungsvortrag.

### Europäisches Infrastrukturprogramm

In diesem Kontext unterbreitete Gesine Schwan der Öffentlichkeit erst vor wenigen Wochen einen in Ton und Inhalt Aufsehen erregenden Vorschlag. Ziel dieses in ihrer Rede am Donnerstagabend noch einmal präsentierten Vorschlags ist es erklärtermaßen, die nationalstaatliche Dominanz in Sachen Flüchtlingspolitik zugunsten eines europäischen Infrastrukturprogramms zu durchbrechen. Die Kommunen sollen sich bei einem neu aufzulegenden Fonds um die Ansiedlung von Geflüchteten und um Geld bewerben. Dieses Geld käme dann gleichermaßen zwei Zwecken zugute: Zum einen würden die konkreten Kosten im Zuge der Integration von Geflüchteten dadurch refinanziert, zum anderen würde die Entwicklung der allgemeinen kommunalen Infrastruktur damit vorangetrieben werden. Unternehmen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung seien gemeinsam aufgefordert, Einigkeit über beide Zwecke herzustellen. Es gelte also einerseits, nüchtern Interessen zu bedienen. Schulen, Sozialwohnungen und das Gesundheitswesen könnten ausgebaut werden. Und gleichzeitig werde die Integration der Flüchtlinge gewährleistet. Schwierigkeiten der Umsetzung sah Schwan im komplizierten Antragswesen der Europäischen Kommission und im zunehmenden Rechtspopulismus der Mitgliedsstaaten. Die nationale Ebene müsse daher durchbrochen werden und dies gesche-

he mit ihrem Vorschlag gleich zweifach. Das Geld solle nämlich von der Europäischen Kommission direkt an die interessierten Kommunen überwiesen werden. Kein Einverständnis zeigte Schwan in der sich anschließenden lebendigen Debatte mit einer von der Hamburger Rechtsphilosophin Helene Heuser in ihrem Kommentar eingebrachten Frage. Heuser erwog, ob denn im Zuge des Vorschlags zur Einrichtung eines solchen Kommunalfonds nicht gleich auch die Existenz des Nationalstaats selbst infrage gestellt werden müsse. Schließlich läge diesem eine ständige eigene Ausschlusslogik, im Sinne der Sortierung in In- und Ausländer, immer schon zugrunde.

### Integration und Ausschließung

Den Freitagmorgen eröffnete Thomas Seibert mit einigen grundlegenden Gedanken zur Bedeutung von Städten im Kontext von Flucht und Migration. Städte waren demnach seit Jahrtausenden schon immer auch „Sanctuary

Cities“. Heute noch zeige sich die biblische Tradition des Schutzes von Verfolgten in der Praxis des Kirchenasyls, im „Sanktuarium“. Die Stadt war, so Seibert, also schon immer der Ort der Anderen und der Fremden. Gegenwärtig seien über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, hin zu einer Stadt, die für sie zur Zuflucht werden kann. Er machte deutlich, dass die Dynamik von Stadtentwicklungen nicht zu trennen ist von Fragen der gesellschaftlich organisierten Konkurrenz um Ressourcen und Anerkennung und darin scheiternder und erfolgreicher Individuen. Zuletzt stellte er die provokativen Forderungen von Ulrike Guérot und Robert Menasse zur Diskussion: „Grenzen abschaffen und laufen lassen!“ und „Nicht integrieren!“. Hiernach solle Schluss gemacht werden mit dem „Stress der Integration“. Stattdessen solle man Neuankömmlingen Baugebiete und statt Leitkultur Bürgerrechte zur Verfügung stellen. Es entstünde diesmal dann kein „New York“, vielleicht aber ein „Neu-Aleppo“. Doch auch das reiche noch immer nicht aus, so Seibert. Es gelte weiterhin, auch über Alternativen zum gesellschaftlich produzierten Elend, nicht nur in den Städten, nachzudenken.



Matthias Rodatz

Der Stadt Frankfurt am Main kommt in einer solchen Auseinandersetzung um „Weltoffenheit“ eine besondere Rolle zu. Dies war das Thema des Vortrags des Frankfurter Geographen und Politologen Dr. Matthias Rodatz. Er diskutierte die konkreten Widersprüche im Rahmen der Einrichtung und der aktuellen Verlautbarungen des ersten deutschen Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in Frankfurt am Main im Jahr 1989. Seit seiner Gründung versuche dieses Amt, gemäß eben der realexistierenden Wirklichkeit, alle städtischen Einrichtungen für ein Konzept der „Stadt der Vielfalt“ und für ein rassismuskritisches „Diversitätsmanagement“ zu gewinnen. Da das Amt aber nicht mit den nötigen Mitteln der Durchsetzung versehen werde, blieben diese

Konzepte, mögen sie auch der Wirklichkeit angepasst sein, doch nur bloßes Papier. Die Ausländerbehörde halte das Leitbild des AMKA denn auch für „ausgemachten Blödsinn“, so Rodatz in seinem Vortrag. Der paradoxe Effekt: Auf der einen Seite werden Hochglanzbroschüren gegen die Diskriminierung veröffentlicht, auf der anderen blieben diese ohne strukturelle Konsequenzen. Doch Rodatz warnte auch davor, diese Konzepte für bloße Sonntagsreden zu halten. In diesen Konzepten formuliere sich eben der richtige Anspruch an einen anderen Umgang dieser Stadt mit ihren realen Konflikten. Der Umstand, dass es noch nicht zu einer tatsächlichen politisch-strukturellen Veränderung gekommen ist, könne politisch skandalisiert werden.

### Sanctuary und Solidarity

Helene Heuser brachte in ihrem Vortrag Licht in die bis dahin deutlich gewordene verwirrende Vielfalt der Begriffe. So könne „Stadt der Zuflucht“ reserviert bleiben für ein Konzept legaler Zufluchtswege für Geflüchtete in eine Kommune. Hingegen bezeichne „Sanctuary Cities“ den vor allem in den USA und Kanada etablierten erklärten Nicht-Zugriff auf illegalisierte Migrantinnen und Migranten. Es gehe dabei also um den Schutz vor Abschiebung von Menschen, die schon in einer Stadt leben. Zusätzlich könne „Solidarity Cities“ verstanden werden als ein breiterer Ansatz, der auf die Inklusion aller Menschen, die bereits in einer Stadt zusammenleben, abziele.

Der aus New York angereiste Ökonomieprofessor Dr. Richard D. Wolff legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf den Zusammenhang von Stadtentwicklung und ökonomischen Transformationsprozessen. Aktuell hätten wir es mit einer neuerlichen Krise des Kapitalismus zu tun. Seinen Ausdruck fände sie in den USA wie

in Europa im Begriff der „Gentrifikation“. Der so benannte Prozess sei auch grundlegend für den Erfolg von Donald Trump in den USA. Er nämlich spräche zu denen, die in den letzten Jahren aus den Städten ausgeschlossen worden und darüber in eine vielfach unbegriffene Wut geraten seien. Die Aufgabe Trumps läge auf der Hand. Er versuche diese Veränderungen von rechts zu organisieren und böte parallel dazu eine unangemessene Erklärung an. Zu den tatsächlichen Veränderungen gehöre die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, der Ausbau eines Niedriglohnsektors und die Automatisierung der Betriebsabläufe. All dies habe in den vergangenen Jahren zu einem Einkommensverlust der weißen Mittelklasse und einem Anstieg privater Verschuldung geführt. Des Weiteren brauche es in den Städten den Platz aktuell für die Oberschicht und deren Dienstleister. Die Räume für die Mittelschicht würden also dramatisch kleiner: finanziell und den Wohnmöglichkeiten nach. Die rechtspopulistische Interpretation Trumps aber träfe zuerst die Migranten als Sündenböcke für die Fol-



Helene Heuser



Richard D. Wolff

gen solcher strukturellen und ökonomischen Widersprüche. Gegenentwürfe hierzu sieht er in basisdemokratischen Genossenschaften. Und er beendete seinen Vortrag mit der Einsicht: „Dies ist die beste Zeit in der amerikanischen Geschichte, um Marxist zu sein“, das Interesse an Kapitalismuskritik jedenfalls sei dort aktuell sehr groß. Er bekäme derzeit so viele Anfragen frisch politisierter Aktivisten und Aktivistinnen wie noch nie, das mache ihm Hoffnung.

### Making Heimat – aber wie?

Auf dem Abschlusspodium im Anschluss an die Arbeitsgruppenphase kamen schließlich noch mal Vertreterinnen und Vertreter konkreter Initiativen und Projekte zu Wort. Mitglieder von Project Shelter/Frankfurt am Main legten dar, wie sie gemeinsam mit Menschen mit und ohne Fluchterfahrungen an den Themen Menschenrechte und Gerechtigkeit arbeiteten, und

dass die ständige Suche nach geeigneten und fast immer nur vorübergehenden Unterkünften die politische Arbeit erschwert. Jannika Kuge, Geographin aus Freiburg, berichtete von den Tätigkeiten des bundesweiten Netzwerks Solidarity Cities. Und sie legte noch einmal den Finger in die Wunde, indem sie auf den Widerspruch von offenen Märkten einerseits und geschlossenen Grenzen andererseits hinwies. Peter Cachola Schmal, der Direktor des Deutschen Architekturmuseums, berichtete von seiner aktuellen Ausstellung „Making Heimat“. Er habe Offenbach darin gerne zum Gegenstand der Betrachtung gemacht, die Stadt mit den meisten Ausländern in ganz Deutschland. Und dort würde dieser Tatbestand erfolgreich und ohne Aufregung organisiert. „Wenn wir auf dem Weg zur Einwanderergesellschaft sind“, so Cachola Schmal, „woran es keinen Zweifel gibt, dann werden auch beispielsweise in Leipzig demnächst hohe Zahlen von Einwanderern Realität werden.“ Dieser Herausforderung müssten sich die Kommunen stellen, Offenbach könne hierfür ein gutes Vorbild sein.

Das also ist die gar nicht so neue Rolle der Städte im 21. Jahrhundert. Sie sind die ersten Orte des Ankommens und der Transformation nationalstaatlicher und ökonomischer Prinzipien. Diesen Herausforderungen und Veränderungen muss in den nächsten Jahren an möglichst vielen Orten, nicht nur in Europa, von unten und mit einer emanzipatorischen Politik aktiv begegnet werden. Das Stiftungssymposium 2017 konnte hierzu hoffentlich einen wichtigen Beitrag leisten.

**Das Symposium und die einzelnen Beiträge sind unter [www.medico.de/weltoffene-staedte](http://www.medico.de/weltoffene-staedte) ausführlich dokumentiert.**

# medico aktiv



Schuldig! Und haftbar?  
Globale Gesundheit: Das Monsanto-  
Tribunal hat Recht gesprochen

Im Oktober 2016 fand in Den Haag das Monsanto-Tribunal statt. Es war kein ordentliches Gerichtsverfahren, aber als von zivilgesellschaftlichen Akteuren, darunter medico, getragenes außerordentliches Meinungsgericht stellte es ein solches mit großer Ernsthaftigkeit und formaler Strenge nach. Es gab Zeugen, Kläger, Gerichtsschreiber und fünf angesehene Juristen auf der Richterbank. Das Tribunal sollte klären, ob der Chemie-, Agrar- und Gentec-Konzern Monsanto Verstöße gegen die fundamentalen Rechte auf eine gesunde Umwelt, Ernährung, Gesundheit und Informationen begangen hat. Im Frühjahr 2017 hat das Tribunal „Recht gesprochen“ und ein ausführliches Rechtsgutachten vorgelegt. Darin wird dargelegt, dass und wie Monsanto weltweit gegen international verankerte Leitlinien und Prinzipien verstoßen

und damit fundamentale Rechte verletzt hat. Gleichzeitig zeigt es auf, wie stumpf die Klängen des internationalen Rechts noch bzw. wieder sind, um es mit einem globalisierten Kapitalismus in Form von Monsanto aufzunehmen. Mit Nachdruck weist das Tribunal auf den beträchtlichen Graben zwischen den Menschenrechten und der Verantwortung von transnationalen Unternehmen hin. Investitionsschutzabkommen und Freihandelsübereinkommen hätten die Asymmetrie zwischen den Rechten und den Pflichten von Konzernen noch verschärft. Das Fazit: „Es ist an der Zeit, multinationale Unternehmen als Rechtssubjekte anzuerkennen und bei Menschenrechtsverletzungen entsprechend zu belangen.“

[www.monsanto-tribunal.org](http://www.monsanto-tribunal.org)

## Skandalöse Lücke

Kriegsverbrechen in Syrien: Crowdfunding-Aktion soll UN bewegen

Zur Hoffnungslosigkeit des Kriegs in Syrien gehört nicht nur, dass er von Mächten geführt wird, die sich nachweislich nicht um das Kriegs-, das Völker- und Menschenrecht scheren. Hoffnungslos stimmt auch, dass dieselben Mächte auch den UN-Sicherheitsrat blockieren. So ist die Generalversammlung der UN zur letzten Instanz geworden, die dem blutigen Geschehen Einhalt gebieten könnte. Im Dezember 2016 beschloss das Quasi-Parlament der UN, dass wenigstens die schwersten Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen untersucht und zur Anklage gebracht werden sollen. Dazu braucht die UN von ihren Mitgliedsstaaten 13 Millionen Dollar. Eben daran hängt die ganze Mission. Weil sechs Monate

nach dem Beschluss erst acht Millionen Dollar zusammengekommen sind, ist bis heute nichts geschehen. Deshalb haben medico, die Initiative Adopt a Revolution und syrische Menschenrechtsgruppen die Kampagne #crowdforjustice gestartet, mit der die Zivilgesellschaft um Spendezusagen gebeten wird, um die skandalöse Finanzierungslücke zu schließen. Mit jedem zugesagten Euro wird die Europäische Union politisch aufgefordert, den Fehlbetrag auszugleichen – eine Forderung, die im Mai 2017 schon von 35 Abgeordneten des Europaparlaments erhoben wurde. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehört auch der Schriftsteller Navid Kermani. Die Idee funktioniert: Allein in den ersten Tagen hat das Crowdfunding weit über Hunderttausend Euro zusammengebracht.

[www.crowd4justice.org](http://www.crowd4justice.org)

## EU-Grenzschutz in Afrika Flucht[ursachen]bekämpfung: Positionspapier und Veranstaltung

Infolge des kurzen „Sommers der Migration“ vor zwei Jahren hat der Begriff der Fluchtursachenbekämpfung Einzug in die politische Agenda gehalten – oder eher in die Rhetorik. Tatsächlich wird das politische Gebot, jene Verhältnisse zu überwinden, die Menschen weltweit in die Flucht treiben, in der neuen Migrationspolitik der EU und der Bundesregierung auf zynische Weise missbraucht: Was als neue Partnerschaften mit Staaten wie der Türkei und Eritrea verkauft wird, sind schmutzige Deals mit autoritären Regimen. Die Rede von verstärkter Entwicklungszusammenarbeit entpuppt sich als Druckmittel, um Regierungen in Afrika in die Flüchtlingsabwehr einzuspannen. Und angekündigte Investitionsinitiativen bedienen in erster Linie die Interessen

der hiesigen Wirtschaft und internationaler Konzerne, die heute schon Lebensgrundlagen im globalen Süden zerstören. „Sie nennen es Fluchtursachenbekämpfung. Wir nennen es Bekämpfung von Fluchtmöglichkeiten“ lautet denn auch das Fazit eines Positionspapieres von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl, das die Konsequenzen der EU-Politik für Schutzsuchende in den Blick nimmt. Eben diese fatalen Auswirkungen auf Herkunfts- und Transitländer in Westafrika schilderten Albert Chaibou aus Niger und Ousmane Diarra von dem malischen medico-Partner AME auf der medico-Veranstaltung „Freizügigkeit in Europa – Grenzschutz für Afrika“, die am 28. Juni 2017 in Kooperation mit der taz auf dem Schiff Anarchie in Berlin stattfand.

**Die Aufzeichnung der Veranstaltung und das Positionspapier Flucht[ursachen]bekämpfung sind unter [www.medico.de/migration](http://www.medico.de/migration) zu finden.**

# Unbedingte Solidarität

Zum Tod von Anna Huber, der langjährigen Verwaltungsleiterin von medico international

Mehr als 30 Jahre lang war Anna Huber bei medico international beschäftigt, bis sie pünktlich zu ihrem 65. Geburtstag 2013 in den Ruhestand ging. Die meiste Zeit ihrer Berufstätigkeit war sie Leiterin der Verwaltungsabteilung und prägte als Mitglied des geschäftsführenden Gremiums die Organisation auf besondere Weise. Denn die zierliche Frau mit dem süddeutschen Zungenschlag war nicht nur professionell, was Verwaltungsbelange und Projektfinanzen anging. Sie verkörperte auf unnachahmliche Weise unbedingte Solidarität mit den Ausgeschlossenen, Einfühlung in die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (schließlich war sie auch eine Art Personalchefin) und sie besaß einen überraschenden Mut, der sich auch mal in geschickter und schlagfertiger Verhandlungsführung mit Geldgebern zeigen konnte.

Als Anna bei medico aufhörte, haben wir für sie eine Sondernummer des von ihr so geliebten medico-Rundschreibens verfasst. Eine private Ausgabe nur für und über sie. Das taten wir, um sie zu ehren, aber auch um eine Sprache zu finden für ihre Arbeit und damit eine Form des Erinnerns, Aufbewahrens von Erfahrung und des Weiterentwickelns. Wer bei medico anfängt, der bekommt dieses Heft auch heute noch in die Hand gedrückt. Denn es enthält eine gültige Beschreibung von politischer Verwaltung. So schrieb ein ehemaliger Kollege, dass Anna durch Zahlen hindurch sah: „Dort standen die mobilen Kliniken und die psycho-

soziale Betreuung von Patienten und die Physiotherapie für Kriegsversehrte.“ Sie sei eine Verwaltungschefin gewesen, die „wusste, wann man nach Details fragte und wann nicht“, so Tsafrir Cohen, der Büroleiter für medico in Ramallah war.

Angesichts des überraschenden Todes von Anna liest sich dieses Heft wie ein langer Nachruf. Aber wir haben es ihr zu Lebzeiten geschrieben. Sie wissen lassen. Das ist ein Trost angesichts der tiefen Trauer über den Verlust. Ein Text darin ist auch von Thomas Gebauer, mit dem sie so lange und eng zusammenarbeitete. Stolz verkündete sie immer, dass sie

Egal, wann man kam oder ging:  
Anna war immer schon und  
immer noch da. Der Weg zu  
medico führte über Anna.\*

einen Monat vor ihm bei medico angefangen habe. In diesem Text geht Thomas von der instrumentellen Vernunft, wie sie Max Horkheimer beschreibt, aus, um damit eine Form von Verwaltung zu kritisieren, wie wir sie heute in der Verbetriebswirtschaftlichung sozialen Handelns überall finden können. Wider die Verschwisterung der Hilfe mit der Macht gebe es eben Menschen wie Anna, „die auf Ausweg sinnen“. Eine menschliche Verwaltung, wie Anna

sie verkörperte, gelinge nur auf der Grundlage eines kritischen Verständnisses von Gesellschaft und der Fähigkeit zur Selbstreflektion.

Anna hatte in ihren letzten Lebensjahren immer wieder mit Krankheit zu kämpfen. Statt des verdienten Ruhestandes nach jahrelangen 60-Stunden-Wochen bestimmten zunehmend Arzt- und Krankenhausbesuche ihren Lebensrhythmus. Aber für Anna war das Glas immer halbvoll. Wenn man mit Anna sprach, dann ging es ihr gut. „Die Sonne scheint auf mein Bett. Das ist doch gut“, sagte sie kurz vor ihrem Tod. Seltsamerweise haben viele am Donnerstag, den 30. März, bei ihr angerufen. Kollegen,

Freunde, Angehörige. Und so haben wir alle ihre lebendige, ein wenig angestrenzte Stimme im Ohr, mit der sie uns mit dem ihr eigenen Optimismus verkündete, dass es ihr bald besser gehen werde. Wenn auf jemanden, die schönsten Biermann-Zeilen zutreffen, dann war das Anna. „Du lass dich nicht entmutigen in dieser harten Zeit.“ Anna Huber starb am 30. März 2017 in Frankfurt am Main.

Katja Maurer

*\*Aus der Sonderausgabe des medico-rundschreibens zum Ruhestand für Anna Huber von Ende 2013.*



Trotz drei Jahrzehnten bei medico birgt das Haus-Archiv nur wenige Fotos von Anna. Diese Aufnahme von einer Reise Mitte der 1980er Jahre nach Mexiko zu einem Projekt mit guatemaltekischen Flüchtlingen hat Thomas Gebauer gemacht.



1



2



3



4



5



6



7



8

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material) finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

**Materialliste:****1 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

**2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft**

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**3 medico-Jahresbericht 2016**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

**4 Hilfe im Handgemenge**

[Infolyer Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

**5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen**

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch.

**6 Warum Menschen fliehen**

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

**7 Recht auf Profit?**

[32 S.] Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

**8 Umkämpfte Psyche**

[Infolyer] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

**Ohne Abb.: „Cool, aber tödlich“**

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

**Ohne Abb.: Europa ist Exportweltmeister**

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

**Ich bestelle:**

\_\_\_\_\_ Broschüre: stiftung medico international

\_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft

\_\_\_\_\_ medico-Jahresbericht 2016

\_\_\_\_\_ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

\_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

\_\_\_\_\_ Broschüre: Warum Menschen fliehen

\_\_\_\_\_ Broschüre: Recht auf Profit?

\_\_\_\_\_ Infolyer: Umkämpfte Psyche

\_\_\_\_\_ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

\_\_\_\_\_ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

Anzahl

\_\_\_\_\_ Name

\_\_\_\_\_ Straße

\_\_\_\_\_ Ort

\_\_\_\_\_ Meine Spendennummer

**Ich möchte:**

**kostenlose Materialien bestellen**

**dass einmalig eine  
Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € von  
meinem Bankkonto abgebucht wird.**

\_\_\_\_\_ IBAN

\_\_\_\_\_ BANK

\_\_\_\_\_ BIC

\_\_\_\_\_ Datum

\_\_\_\_\_ Unterschrift

**Bitte einsenden an  
medico international**

**Burgstraße 106**

**D-60389 Frankfurt am Main  
oder faxen an [069] 43 60 02**

# Spendeninformation

**Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.**

**Spenden und Schenken** – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

**Fördermitgliedschaft** – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

**Spendenquittung** – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

**Spendenkonto** – medico international,  
Spendenkonto BIC: HELADEF1822,  
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



**Zustiftungen** – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.**

**Marek Arlt und Frank van Ooyen**

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.  
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

**Gudrun Kortas**

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,  
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

**Eine Bitte:** Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

**Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.**

[www.medico.de/spenden](http://www.medico.de/spenden)

## Impressum

**Herausgeber:**  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002  
E-Mail: info@medico.de  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Redaktion:** Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Christian Sälzer  
**Korrektorat:** Marek Arlt  
**Gestaltung und Satz:** Andrea Schuldt

**Hinweis:** Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

# FLUCHTURSACHENVERURSACHER

Die Europäische Union und die Bundesregierung behaupten, Fluchtursachen zu bekämpfen. Was sie darunter verstehen: Sie paktieren mit autoritären Regimen und rüsten den Grenzschutz in Afrika auf, um Migration zu unterbinden. Was sie nicht tun: Die eigene Politik verändern, die weltweit Fluchtgründe schafft – durch Rüstungsexporte, Freihandel oder Klimazerstörung.

**EUROPA IST  
EXPORTWELTMEISTER**

RÜSTUNG, KLIMA, DUMPINGPREISE: EUROPA  
EXPORTIERT FLUCHTGRÜNDE

**Brot** für die Welt | **m)** medico international | **PRO ASYL** DER EINZELFALL ZÄHLT.

Mehr dazu in dieser 12-seitigen Kurzbroschüre. Sie kann gerne auch in größeren Mengen bei medico bestellt werden – siehe Seite 45.



# WELL COME

# UNITED

from Sept 2<sup>nd</sup> action days

**Sept 16<sup>th</sup> Antiracist Parade +  
commUNITY-Carnival, Berlin**  
[www.welcome-united.org](http://www.welcome-united.org)



„Der historische Tag war der siebte Tag, an dem wir zu entscheiden hatten, was uns dieser Krieg bedeutete. Ein Eroberungskrieg oder ein Verteidigungskrieg? Wir waren plötzlich im Besitz des ganzen Landes, und da entschieden wir: Es war ein Eroberungskrieg. Das hieß, dem palästinensischen Volk das Recht und die Möglichkeit auf nationale Selbstständigkeit zu rauben.“

Jeschajahu Leibowitz

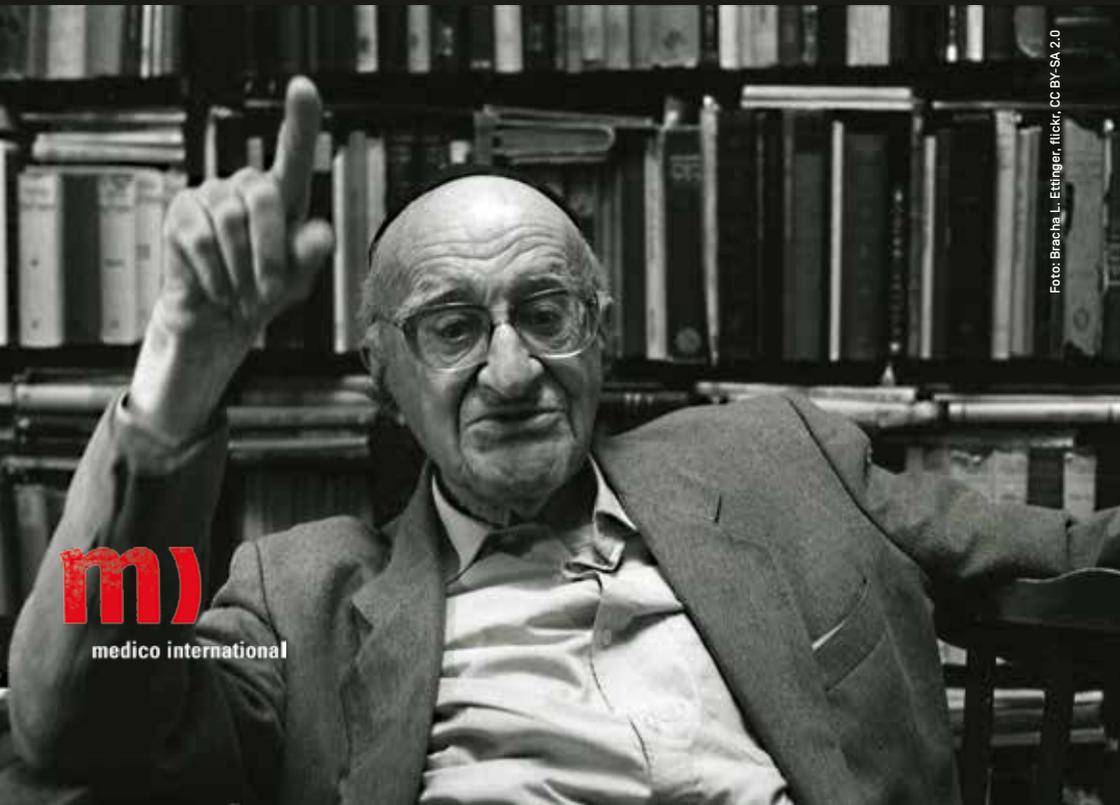


Foto: Bracha L. Ettinger, flickr, CC BY-SA 2.0



medico international